

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

## AUS DEM INHALT

Wiesbaden 1962

Wilhelm Hahn

Die CDU als Problem  
der evangelischen Theologie

Gerhard Schröder

Grundlinien der Aussenpolitik



# Inhaltsverzeichnis

<b>Wiesbaden 1962</b>	<b>1</b>
Eberhard Amelung	
<b>Die CDU als Problem der evangelischen Theologie</b>	<b>3</b>
Wilhelm Hahn	
<b>Grundlinien der deutschen Außenpolitik</b>	<b>9</b>
Gerhard Schröder	
<b>Berichte</b>	<b>16</b>
10. Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises	
Evangelischer Akademikertag in Marburg	<b>17</b>
<b>Pressestimmen</b>	<b>18</b>
<b>Bücher</b>	<b>19</b>
Gerhard Kaiser, Pietismus und Patriotismus	
Hans Kohn, Die Idee des Nationalismus	

---

## Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Professor D. Wilhelm Hahn, MdB (Heidelberg, Kapellenweg 9) ist ord. Prof. der praktischen Theologie an der Universität Heidelberg. — Dr. Gerhard Schröder MdB (Bonn, Auswärtiges Amt) ist Bundesminister des Auswärtigen.



# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Begründet von D. Dr. Hermann Ehlers und Dr. Robert Tillmanns  
Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

10. Jahrgang, Nr. 11

November 1962

## Wiesbaden 1962

Jede freie Gesellschaft schafft sich die Institutionen, die für ihr Funktionieren notwendig sind. Die technisierte, stark spezialisierte Gesellschaft, in der wir leben, ist auf die freie Aussprache in einer Vielfalt von Gremien als eine solche Institution angewiesen, wenn sie die dem schnellen Wandel der Gesellschaft entsprechenden Lösungen finden will. Solche Diskussionen brauchen nicht zu Beschlüssen oder Resolutionen zu führen, um ihre Existenzberechtigung nachzuweisen; sie sind vielmehr in sich selbst sinnvoll. Solange verschiedene Standpunkte miteinander konfrontiert werden und solange man bereit ist, aufeinander zu hören, sind Tagungen und Konferenzen die in unserer Gesellschaft notwendige Vorbereitung späterer Entscheidungen.

Die Wiesbadener 10. Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises war eine Konferenz in diesem Sinn. Sie war keine Heerschau und kein propagandistischer Aufmarsch. Sie faßte keine Beschlüsse und verabschiedete keine Resolutionen. Man traf sich, weil man Fragen hatte oder Lösungen für die Probleme der Zeit vorschlagen wollte. Man sprach miteinander, weil man sich der gleichen Verantwortung bewußt war und gemeinsam nach Antworten auf die Fragen, die die Zeit auferlegt, suchen wollte. Es war eine politische Versammlung, ohne daß man den Bereich, der hinter aller sachlichen Politik liegt, aus den Augen verlor.

Die Diskussion führte erneut zu einer Standortbestimmung der Evangelischen innerhalb der CDU, die — so kann man ohne Übertreibung sagen — nichts mehr von dem zu Zeiten etwas angeschlagenen Selbstbewußtsein der Protestanten zeigte. Man fand sich nicht in der Defensive vor und mußte auch nicht versuchen, irgendwelche Schwächen zu verdecken. Man war frei, sich Fragen zu stellen und stellen zu lassen. Man grenzte sich zwar gegen andere Standpunkte ab, doch lag der Nachdruck nicht auf der Abgrenzung. Das grundlegende Referat von Professor Hahn hat viel dazu beigetragen, das Selbstbewußtsein des Kreises zu stärken und damit der Tagung eine Basis zu geben.

Die CDU hat sich immer als eine Union der beiden großen konfessionellen Gruppen im politischen Raum verstanden. Darüber ist viel geschrieben und gesagt worden, was hier nicht wiederholt zu werden braucht. Die gute Zusammenarbeit in den vergangenen zehn Jahren darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die konfessionelle Spaltung unseres Volkes auch für die CDU als Problem weiterbesteht. Weil wir aus christlicher Verantwortung politisch handeln wollen, können wir nicht an der Tatsache vorbei, daß diese Verantwortung eine gespaltene Verantwortung ist. Nur wer den Glauben als für die Politik irrelevant ansieht, kann großzügig über die Spaltung hinweggehen. Wir können es nicht.



Genausowenig aber können wir die These akzeptieren, daß evangelische Christen grundsätzlich anderer Meinung sein müssen als ihre katholischen Brüder im Blick auf solche Entscheidungen, die das Gewissen in besonderer Weise betreffen. Gewiß hat Professor Thielicke recht, wenn er darauf hinweist, daß es ein schlechtes Zeichen ist, wenn Fraktionen in solchen Fragen einstimmig abstimmen. Das aber gilt für alle Parteien, solange die Abgeordneten nur ihrem Gewissen unterworfen sind. Wer daraus ein besonderes Problem für die CDU konstruiert, der verkennt die geistige Situation, in der wir uns heute in der Bundesrepublik befinden.

Diese Situation ist durch zwei Tatsachen gekennzeichnet. Es ist einerseits im theologisch-dogmatischen Bereich vielleicht noch möglich, die Unterschiede zwischen den Konfessionen klar aufzuzeigen, obgleich auch hier die klaren Positionen von ehemals ins Wanken geraten sind. Es ist andererseits kaum noch möglich, die Unterschiede im Bereich der individuellen und der Gesellschaftsethik eindeutig herauszuarbeiten. In diesem ganzen Bereich wie auch im Bewußtsein katholischer und evangelischer Christen verwischen sich die Grenzen zunehmend. Es ist hier nicht der Ort, diese Entwicklung zu beurteilen und ihren Gründen nachzugehen. Auf jeden Fall hat sie in vielen politischen Entscheidungen der letzten 12 Jahre ihren Ausdruck gefunden. Dabei war es in keiner Weise so, wie manche Kritiker wissen wollen, daß alle Einigkeit nur auf Kosten der evangelischen Gewissen erreicht wurde. Es muß vielmehr einmal betont werden, daß gerade das freie evangelische Gewissen das Recht hat, zu Lösungen zu kommen, die den katholischen gleichen. Man mag solche Entscheidungen aus guten theologischen Gründen in Frage stellen, wird aber zugeben müssen, daß bei uns heute gerade die theologischen Begründungen ethischer Entscheidungen fraglich geworden sind. Das weist hin auf die zweite Tatsache, die unsere geistige Situation kennzeichnet.

Es gab einmal Zeiten, in denen man in der protestantischen Ethik in vielen Fragen einer Meinung war. Die Diskussion der vergangenen zehn Jahre innerhalb der evangelischen Kirche in Deutschland hat gezeigt, daß wir uns von diesem Zustand weit entfernt haben. Wir stehen überhaupt erst am Anfang einer theologisch neu fundierten, sittlichen Bewußtseinsbildung innerhalb der Kirche. Von weitgehender Übereinstimmung innerhalb der EKD in Fragen der Außen-, Wirtschafts-, Sozial- oder Kulturpolitik kann schlechterdings nicht die Rede sein. Deshalb können evangelische Politiker mit gutem Gewissen zu Entscheidungen kommen, die auch für katholische Christen annehmbar sind.

Aber es sind ja gar nicht einzelne oder auch nur CDU-Politiker, die sich mit Katholiken in einer Front befinden, und es geht gar nicht um rein katholische Anschauungen, die nun z. B. im Blick auf die Strafrechtsreform diskutiert werden. Hier überschneiden sich vielmehr die Fronten, wie auch die Entstehung des Strafgesetzbuches in seiner jetzigen Form nicht auf ausschließlich katholischen Einfluß zurückgeführt werden kann. Das gleiche gilt von der Ehegesetzgebung, die im vergangenen Jahr so heftig diskutiert wurde. Die Vorschläge, von denen immer wieder behauptet wurde, sie beruhten ausschließlich auf katholischem Denken, stammten vielmehr von der offiziellen Eherechtskommission der EKD.

All diese Dinge dürfen nun allerdings für die katholische Seite kein Freibrief dafür sein, alles und jedes von den Protestanten zu fordern. In dem Hinweis, daß andere evangelische Gewissen anders entscheiden, kann eine schwere Mißachtung des angesprochenen Gewissens liegen. Wer seine Entscheidung für sich allein zu treffen hat und mit seinem Gewissen auf sich selbst steht, für den kostet es genau soviel, einen Kompromiß zu schließen, wie für den, der seine Entscheidung in Übereinstimmung mit einer Gruppe und im Rahmen einer Institution fällt. Es ist genauso schwer mit seinem Gewissen in Konflikt zu geraten wie mit einer Institution. Die Kosten sind auf beiden Seiten gleich. Nur auf der Grundlage dieser Sicht kann es zu einer guten Zusammenarbeit der Konfessionen in der Politik kommen.



Lange bevor die CDU entstand, hat es in Deutschland politische Parteien gegeben, in deren Namen das Wort „christlich“ vorkam. Bemerkenswerterweise wählten nicht die katholischen Christen diese Parteibezeichnung. Sie entschieden sich für die neutrale Bezeichnung „Zentrum“. Es waren evangelische Christen, nämlich Adolf Stöcker mit seiner „Christlich-Sozialen Partei“ und später die Männer des „Evangelischen bzw. Christlichen Volksdienstes“, die die Bezeichnung auswählten. Beide Parteien, wie man sie auch beurteilen mag, stellten einen Versuch dar, aus christlicher Verantwortung die

## Die CDU als Problem der evangelischen Theologie

Wilhelm Hahn

traditionellen politischen und klassengebundenen Verfestigungen im deutschen Protestantismus aufzubrechen. Sie blieben Randerscheinungen. Erst das Auftreten der CDU löste in der evangelischen Theologie eine ernsthafte Besinnung und im evangelischen Volksteil eine nicht ohne Leidenschaft geführte Diskussion über die Berechtigung und Aufgabe einer christlichen Partei aus. Seitdem gehört das Problem der christlichen Partei zu den aktuellsten der evangelischen politischen Ethik. Zwei Gründe dürften der Frage solchen Nachdruck verliehen haben: Einmal das durch die Erfahrungen der vorausgehenden Jahrzehnte erwachte Bewußtsein der evangelischen Christen, eine unmittelbare politische Verantwortung zu tragen, und der Wunsch, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Ist, so fragen die evangelischen Christen, hierfür eine christliche Partei ein legitimes Mittel? Der andere Grund liegt in dem ungewöhnlichen politischen Erfolg, welcher der CDU innen-, sozial- und außenpolitisch bisher zuteil geworden ist. Diese christliche Partei ist nicht eine Winkelangelegenheit, sondern einer der ausschlaggebenden Faktoren unseres politischen Lebens, der jeden Deutschen zu einer Stellungnahme zwingt. So kann weder die evangelische Theologie noch der evangelische Christ einer Entscheidung ausweichen.

Das Problem der christlichen Partei ist nun aber dadurch kompliziert, daß sich die evangelische Theologie, sofern sie ihre Stellung sichtbar gemacht hat, in ihren prominentesten Vertretern entweder der christlichen Partei gegenüber scharf ablehnend oder aber mit deutlicher Zurückhaltung geäußert hat. In letzterem Fall widerriert die Theologie im Prinzipiellen einer solchen Partei, hielt sie aber als Ausnahmeerscheinung unter bestimmten Voraussetzungen für zulässig. Auf Grund dieser Stellung der evangelischen Theologie läßt es sich zum Teil erklären, daß die leidenschaftlichsten Gegner der CDU in der evangelischen Pfarrerschaft sitzen und in diesem Kreise leider oft ein starkes Ressentiment regiert, das gelegentlich auch auf die engeren Gemeindekreise ausstrahlt. Umgekehrt bekennt sich bei den Wahlen der größere Teil des wahlberechtigten Volkes zur CDU und ihrer Politik. Es klappt also über der Frage der christlichen Partei ein Spalt nicht nur zwischen der CDU und einem Teil der evangelischen Theologenschaft, sondern auch zwischen diesen Theologen und dem beachtlichen Teil der Öffentlichkeit und der evangelischen Christen, der CDU wählt.

Unsere Aufgabe soll es sein, die Frage der CDU als christlicher Partei auf Grund der Äußerungen der gegenwärtigen evangelischen Theologie zu prüfen. Unser Ziel ist, zu klären, ob die Mitwirkung evangelischer Christen in der CDU theologisch legitim ist.

Da wir vom Standpunkt der evangelischen Theologie aus fragen, ist es klar, daß unsere Antwort auch eine evangelisch-theologische sein wird. Sie beansprucht also nicht, die offizielle Meinung der CDU und insbesondere ihres katholischen Teils wiederzugeben. Sie will aber helfen, das evangelische Selbstverständnis in der CDU zu klären. Ich bin überzeugt, daß eine solche Klärung, auch wenn sie die Unterschiede zu der katholischen Auffassung hervortreten läßt, nicht zu einer Spannung der Konfessionen in der CDU beiträgt, sondern umgekehrt das gegenseitige Verständnis erleichtert. Dies gilt um so mehr, als der katholische Standpunkt meist sehr eindeutig greifbar ist, während die evangelische Haltung oft vage und schwer faßbar bleibt.

Geben wir zunächst einen Überblick über die wichtigsten Stellungnahmen evangelischer Theologen zur Frage der christlichen Partei. Die Äußerungen der drei bekannten Professoren Karl Barth, Walter Künneth und Helmut Thielicke heben sich hier heraus.

### Karl Barth

Karl Barth, der mein verehrter Lehrer war und dessen große Bedeutung für die evangelische Theologie der Gegenwart niemand bestreitet, hat sich schon 1947 in seiner Schrift „Christengemeinde und Bürgergemeinde“ geäußert (besonders S. 43–51). Die Analyse seiner Gedankenführung wirkt auf seine Stellung ein überraschendes Licht. So fällt als erstes auf, daß Barth kein Verständnis für die Rolle und Aufgabe politischer Parteien in der Demokratie, und damit für das tatsächliche politische Leben in einer modernen Demokratie hat. Zwar erklärt er ganz allgemein, daß es eine Affinität zwischen dem Reich Gottes und der demokratischen Staatsform gäbe — eine Behauptung, die ihm so kaum abgenommen worden ist. Aber seine Feststellung ist nur deklamatorisch, denn im gleichen Atemzug werden die politischen Parteien, die die Voraussetzung des Funktionierens einer demokratischen Ordnung in großen Staaten sind, ganz allgemein als von vornherein krankhaft und überhaupt als sekundäre Gebilde abgewertet. Im Gegensatz hierzu sagt der politische Wissenschaftler Ludwig Bergsträsser in seiner „Geschichte der politischen Parteien in Deutschland“ (S. 14): „Man muß sich darüber klar sein, daß es demokratische Staatsform ohne politische Parteien nicht geben kann. Sie sind ‚das Lebelement der Demokratie‘ (Thoma). Wer freie politische Parteien auf Grund freier Wahlen nicht will, muß ein autoritäres Staatssystem wollen.“ Im Gegensatz zu dem, was man von Barth erwartet, setzt er die Akzente so, daß sie sich im Sinn einer Klerikalisierung auswirken müssen. Zwar hält er es für angebracht, daß die einzelnen Christen in der Politik — wenn auch hinsichtlich ihres Christseins anonym — tätig werden. Aber das eigentliche Gewicht legt Barth auf die kirchlichen Ämter und Organe. Die politische Verantwortung der Christengemeinde soll durch die Verkündigung geschehen. Diese ist „notwendig prophetisch-politisch. Explikation und Applikation in jenen Vergleichs- und Entscheidungspunkten in einer mit keiner anderen zu verwechselnden Richtung und Linie wird da — ob in direkter oder indirekter Beleuchtung der politischen Tagesfragen — notwendig stattfinden, wo die Christengemeinde zum Dienst



an diesem Evangelium versammelt ist . . . Die ihrer politischen Verantwortlichkeit bewußte Gemeinde wird es wollen und verlangen, daß die Predigt politischer werde“ (S. 47). Neben die Predigt treten dann aber besonders Eingaben und öffentliche Proklamationen der synodalen Organe der Christen zu aktuellen politischen Entscheidungsfragen.

Dies muß zu einer Klerikalisierung führen, wie sie sich auch als Tendenz in der Haltung gewisser Kreise evangelischer Theologen in der Bundesrepublik seither abgezeichnet hat. Eine mit kirchlicher Autorität ausgestattete politische Predigt und Worte von Synoden, die die Tagespolitik begleiten und bewerten, müssen dazu führen, den niederen politischen Bereich von der höheren kirchlichen Warte aus zu gängeln. Die Theologie versucht, den Laienpolitiker zu entmündigen und ihm Richtlinien zu geben.

Die christliche Partei wird von Barth aus drei Gründen abgelehnt:

1. Barth kann sich eine christliche Partei nur als unmittelbare Verlängerung der christlichen Gemeinde vorstellen. Dies ergibt die absurde Vorstellung einer Partei, die aus dem Evangelium ein autoritatives politisches Programm ableitet, in dem politische und soziale Fragen kasuistisch vorentschieden sind. Dieses Programm wird als Gesetz allen Christen bindend auferlegt. Hier zeigt sich, daß Barth, der den Unterschied von Gesetz und Evangelium ebenso wie Luthers Lehre von den beiden Regimenten Gottes ablehnt, keine Unterscheidung zwischen der Ebene des Glaubens und des Politischen zu machen versteht. Er sieht nicht, daß eine christliche Partei nicht die Botschaft der Kirche zu verwirklichen hat, sondern aus christlicher Verantwortung mit Hilfe von Vernunft und Ermessen sachliche politische Entscheidungen suchen muß, wobei auch der politische Kompromiß legitim ist.

2. Obgleich Barth Staat und Kirche als zwei konzentrische Kreise ansieht, von denen der Staat der äußere und die Kirche der innere ist und beide Christus zum Mittelpunkt haben, ist für Barth die Bürgergemeinde blind und kann kein bewußtes Verhältnis zu Gott haben. In ihr kann deshalb das politische Wirken des Christen nur anonym sein und das Christliche kann nur im Spiegel der politischen Entscheidung sichtbar, nicht aber christlich begründet werden. Deshalb müsse eine christliche Partei mit ihrem christlichen Programm scheitern. Sie könne es nur verraten und damit den christlichen Glauben kompromittieren.

3. Jede Zusammenarbeit von katholischen und evangelischen Christen in einer politischen Allianz erscheint Barth von vornherein verdächtig. Hier wirkt in Barth das bekannte antikatholische Ressentiment vieler Protestanten nach. In solcher Zusammenarbeit der Konfessionen müsse sich der naturrechtliche Standpunkt durchsetzen, wodurch der christliche Glaube zu einem naturrechtlich begründeten Gesetz und zu einer christlich-moralischen Weltanschauung verfälscht würde.

Nehmen wir zu Barths Ausführungen kurz Stellung, so ist zu sagen: Barth kann schon deshalb kein Verhältnis zum Gedanken einer christlichen Partei finden, weil er das Verhältnis von Staat und Kirche m. E. falsch bestimmt. Er macht die Bürgergemeinde zum äußeren Kreis, der um den inneren Kreis der Christengemeinde liegt. Dadurch entmündigt er den Staat und die Politik weit mehr als das katholische Denken, indem er nicht sieht, daß sich beide — Staat und Kirche — polar gegenüberstehen und doch gerade so verbunden sind. Das Gewicht politischer Verantwortung muß, wie es Luther will, auf den

christlichen Laien fallen, besonders auf den, der ein Amt in Staat und Gesellschaft hat. Dies Gewicht darf nicht auf die kirchlichen Amtsträger und Organe verlagert werden.

Barth zeichnet weiter auch ein völlig abstraktes Bild von der christlichen Partei und urteilt dann von diesem aus. Dies Bild stammt von 1947, als die CDU noch nicht zum Zuge gekommen war. Wäre die CDU so, wie Barth die christliche Partei schildert, dann müßten wir sie auflösen. Faktisch wird sie durch Barths Kritik nicht getroffen. Um so unverständlicher ist es, wenn manche „Barthianer“ Barths Argumente wiederholen und sie nicht an der Wirklichkeit nachprüfen.

### Walter Künneth

Sehr viel besser begründet ist der Abschnitt über die politischen Parteien und insbesondere über die christliche Partei in Walter Künneths Buch „Politik zwischen Dämon und Gott“ (1961, besonders S. 358–375). Künneth erkennt die politischen Parteien als notwendige Gestaltungsmittel des politischen Willens in der Demokratie an. Er konzediert, daß sich der Christ, der politisch mitarbeiten will, ihrer bedienen muß. Aber er soll es tun, ohne der Partei zu verfallen. Künneth wünscht, daß Christen möglichst in all den verschiedenen politischen Parteien wirken und Verbindung miteinander halten. Bei der Schilderung des Wesens und des Wirkens der Parteien fällt aber auf, daß Künneth ihre Fragwürdigkeit besonders unterstreicht, indem er die Zerfallserscheinungen und Auswüchse der Parteien als typisch schildert. Es ist aber etwas unbillig, wenn Theologen die Kirche mit den Augen des Glaubens und der Liebe ideal schildern, die weltlich-politischen Institutionen aber einseitig mit den Augen der Kritik. Die Parteien werden denn auch von Künneth Staat und Regierung untergeordnet und abgewertet. Er erkennt nicht die Interdependenz von politischen Parteien mit ihren Fraktionen und der Regierung in der Demokratie. In letzterem Fall würden die Partei bzw. die durch sie beschickten Parlamente an der Würde der Obrigkeit und des Von-Gott-her-seins teilhaben. Das gewiß unbewußte Ressentiment gegen die demokratisch-parlamentarischen Ordnungen ist im deutschen Protestantismus aller Schattierungen immer noch wirksam.

Für seine Stellung zur christlichen Partei ist wichtig, daß Künneth alle Parteien noch im Lichte des Parteiwesens des 19. Jahrhunderts und der Weimarer Republik sieht. Deshalb hält er ihre Ideologie für das konstitutive Element, obgleich es Parteien ohne Ideologie gibt und heute im politischen Bereich des Westens ein unaufhaltsamer Ideologiezerfall statt hat. Entsprechend versteht Künneth auch eine christliche Partei als ideologisches Gebilde. Seine Stellung zu ihr ist zwispältig. Einerseits kann es keine christliche Partei geben, im Sinne einer politischen Organisation mit christlicher Partei-ideologie und einem christlich-politischen Programm. Geben kann es nur christliche Verantwortung in der Politik; denn in der Politik überwiegt der Sachbezug. Diesem wird man durch Vernunft und Ermessen gerecht, nicht aber durch christliche Kriterien. Es kann also nicht gefordert werden, die Christen müßten zur Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung christliche Parteien gründen. — Andererseits rechtfertigt Künneth die Gründung einer christlichen Partei aus mehr praktischen Erwägungen doch als Notlösung. Er kann sich Situationen vorstellen, in denen eine solche Partei als Notlösung möglich ist. Berechtigte Motive zu einer solchen Gründung sind die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen gegen die Ausschaltung christlich-ethischer Prinzipien aus der Politik und das Ziel der Verwirklichung eines neuen christlichen Verantwortungsbewußtseins. Als christlich-ethische Prinzipien für



die parlamentarische Arbeit nennt Künneth: den Vorrang des Menschen vor den Sachfragen, die primäre Verpflichtung für das Ganze vor dem Partei- und Gruppeninteresse, die Wahrung der Gewissensfreiheit bei politischen Entscheidungen in der Fraktion und das Eintreten für Belange der Kirche.

Kritisch ist zu sagen, daß auch diese relativ sehr sachliche Beurteilung der Arbeit der politischen Parteien noch nicht genügt, um den evangelischen Christen und Theologen zu einem ausgewogenen Urteil über sie zu bringen. Es muß in der Theologie erst erkannt werden, daß die von Künneth kritisierte Labilität der Parteien notwendig ist, wenn sie als Zwischenglied zwischen der freien Gesellschaft und dem institutionellen Staat den sich ständig wandelnden Volkswillen auffangen und repräsentieren sollen. Parteien sind und sollen sein: partes, Teile; sie brauchen individuelle Initiative, müssen für Einflüsse von verschiedensten Gruppen offen sein und dürfen gerade nicht institutionalisiert werden. Sobald dies geschieht, wie bei den Einheits- und Staatsparteien totaler Staaten, ist die Demokratie tot. Die Schwäche der Parteien ist ihre Offenheit zur Gesellschaft und damit für unkontrollierte Einflüsse. Aber diese Offenheit ist notwendig. Die Parteien sind in der Tat dadurch auch besonders gefährdet. Gerade die Gefährdung sollte die verantwortliche Mitarbeit der Christen in ihnen hervorrufen.

Die von Künneth gewünschte Lösung, daß die Christen sich auf die verschiedenen nichtchristlich firmierten Parteien verteilen und Querverbindungen untereinander herstellen, entspricht der parlamentarischen Situation des 19. Jahrhunderts (vgl. den Katholischen Club im Frankfurter Parlament), nicht aber den heutigen komplizierten Verhältnissen. Im 19. Jahrhundert waren Parteien und Fraktionen noch sehr lockere Gebilde, die gegeneinander relativ offen waren. Heute sind sie zu komplizierten, sehr viel geschlosseneren Organisationen geworden. Die wichtigste Arbeit der Parlamente geschieht in den Ausschüssen. Die Fraktionsvorstände entscheiden weithin über deren Besetzung. Der einzelne Abgeordnete tritt gegenüber den Parteiführern und Mitgliedern der Fraktionsvorstände zurück und hat eine viel begrenztere Möglichkeit, seiner Meinung Gehör zu verschaffen. Der Fraktionszwang, der kein Gesetz aber eine fast unumgängliche Übung ist, macht den gegen die eigene Fraktion kritischen Weg einzelner Abgeordneter schwierig. Dies gilt um so mehr, als die eingetretene Spezialisierung dazu geführt hat, daß der einzelne Abgeordnete nur noch einen kleinen Ausschnitt überblickt und die jeweilige Materie nur schwer auf ihre christliche Relevanz hin durchschauen kann. Er ist in einer nichtchristlichen Partei von dem Urteil der im betreffenden Ausschuss sitzenden Parteifreunde abhängig, denen vielleicht christliche Gesichtspunkte ganz fern liegen. Die Bildung von Gruppen christlicher Abgeordneter innerhalb nichtchristlicher Parteien käme faktisch einer christlichen Parteibildung innerhalb einer anderen Partei gleich und müßte diese zerreißen. Es ist denn auch nicht bekannt, daß sich in den nichtchristlich firmierten Parteien solche Gruppen formiert und ihrer christlichen Verantwortung innerhalb ihrer Fraktion einen dauernden und organisatorisch begründeten Nachdruck verliehen hätten. Einer solchen Sondergruppierung stellen sich ebenso wie Querverbindungen zwischen Abgeordneten verschiedener Parteien erhebliche Schwierigkeiten in den Weg. Schließlich wird in einer nichtchristlichen Partei die Auswahl der Kandidaten nicht unter dem Gesichtspunkt erfolgen, ob von ihnen eine Politik aus christlicher Verantwortung erwartet werden kann. Das alles wird innerhalb einer christlichen Partei sehr erleichtert.

Der Widerspruch in Künneths Ausführungen zwischen grundsätzlicher Ablehnung der christlichen Partei und praktischer Rechtfertigung befriedigt nicht. Hier ist die theologische Überlegung noch nicht bis zu dem Punkt vorgetrieben, an dem der Christ zu einer klaren Erkenntnis für sein politisches Handeln geführt wird. Er muß unschlüssig bleiben, ob er in der CDU als evangelischer Christ mitarbeiten darf; denn wenn etwas grundsätzlich fragwürdig ist, praktisch aber zulässig, bleibt ein schlechtes Gewissen. Das ist keine ausreichende Basis für ein Handeln aus politischer Verantwortung.

### Helmut Thielicke

Zu einem speziellen Problem, nämlich der interkonfessionellen christlichen Partei, äußert sich Helmut Thielicke („Theologische Ethik“ II/2, S. 689–698). Diese Frage ist für die CDU besonders aktuell. Kurz zusammengefaßt ergibt sich bei Thielicke sehr objektiver und gründlicher Überlegung folgendes: Obgleich in praktischen Fragen eine Zusammenarbeit zwischen katholischen und evangelischen Christen auf Grund der an Gott ausgerichteten Vernunft möglich ist, sind doch die Entscheidungen theoretisch verschieden begründet. Der Katholik verfügt über ein naturrechtlich fundiertes christlich-politisches Programm. Er hat christliche Kriterien für die politischen Fragen und einen Katalog vorgegebener Antworten. Der evangelische Christ hat das nicht und kann es nicht haben. Er weiß höchstens, was bestimmt nicht sein darf. Im Positiven muß er die jeweilige Lage ganz ernst nehmen und immer neue Entscheidungen fällen, wenn auch aus christlicher Verantwortung. So kann die praktische Politik für ihn nicht auf christlichen Axiomen aufbauen. Da es in einer Partei nicht ohne Programmatik abgeht, geraten die evangelischen Vertreter in einer interkonfessionellen Partei in die schiefe Lage, sich an einem christlich-firmierten, aber nicht evangelischen Programm beteiligen zu müssen. Dabei setzen sie sich dem Mißverständnis aus, als glaubten sie, daß es in diesem Sinne christliche Kriterien für die materialen Entscheidungen in der Politik und ein ausgeführtes christliches Programm gäbe. Um diesen Eindruck zu vermeiden, wünscht Thielicke, daß das „C“ im Namen einer Partei nicht erscheint.

Andererseits kann aber für Thielicke die Gründung und dann auch Weiterführung einer interkonfessionellen christlichen Partei doch geraten sein. Thielicke bezieht sich dabei deutlich auf die Gründung der CDU 1945. Voraussetzung ist auch für ihn ein Notstand. Dieser ist dann gegeben, wenn die christlichen Anliegen in anderen Parteien keine Möglichkeit einer energischen Vertretung finden, vor allem aber wenn eine geschichtliche Katastrophe die Fundamente des Lebens so erschüttert hat, daß auf die letzte Substanz zurückgegriffen werden muß. Dies gilt besonders, wenn ein weltanschaulicher Zusammenbruch oder Kampf etwa mit dem Kommunismus die Christen zwingt, in die Bresche zu springen. Thielicke macht darauf aufmerksam, daß es dabei noch einen Unterschied macht, ob man vor der Frage der Gründung einer solchen Partei steht oder ob eine solche bereits vorhanden ist, und zwar als bestimmender Faktor der Politik. Im letzteren Falle könne man die Partei nur nach ihrer politischen Leistung bewerten.

In Beurteilung der Ausführungen Thielicke ist zu sagen: Thielicke zeigt die in der Tat gegebene Problematik der politischen Zusammenarbeit der Konfessionen auf. Sie liegt im Grundsätzlichen und weniger darin, daß die Protestanten durch die Katholiken angeblich oft praktisch überfahren werden. Die evangelische Position des Entbehrens eines fixierten



christlichen Programmes und der grundsätzlichen Offenheit zur Neudurchdenkung aller Sachfragen ist zwar keineswegs schwächer als die katholische naturrechtliche Konzeption. Sie ist sogar anpassungsfähiger. Aber die evangelische Position ist durch ihre Offenheit im Vergleich zur katholischen Geschlossenheit mit ihrer durchdachten Systematik taktisch unterlegen. Auch leuchtet der katholische Standpunkt, der stärker auf die Vernunft aufbaut, dem Laien schneller ein. Thielicke macht uns darauf aufmerksam, daß wir als evangelische Christen nicht aus Mißtrauen gegen die Katholiken, sondern um unserer eigenen evangelischen Verantwortung und Klarheit willen uns unserer spezifisch evangelischen Grundhaltung immer wieder bewußt werden müssen. Es geht darum, unsere evangelische Freiheit, die das Wesen der evangelischen Ethik schlechthin ist, auf dem Felde der Politik zu wahren.

Andererseits kann diese Schwierigkeit nicht unsere interkonfessionelle Zusammenarbeit hindern. Auch nicht das mögliche Mißverständnis, wir hätten uns dem katholischen Konzept unterworfen — ein Argument, das uns von evangelischen Theologen oft vorgehalten wird. Denn was wäre die Alternative? Je eine evangelische und eine katholische politische Partei, die möglicherweise gegeneinander ständen! Dies müßte zu einer Konfessionalisierung der Politik führen. Und das Wiedereinander der Konfessionen in der Politik wäre gerade im Zeitalter der Ökumene ein unverzeihliches Ärgernis, während das Miteinander als Hoffnungszeichen positiv beurteilt werden muß.

### Rechtfertigung aus dem Notstand

Thielicke rechtfertigt die christlich-interkonfessionelle Partei ähnlich wie Künneth aus dem Notstand. Doch dieser Begriff reicht nicht aus, um die Mitarbeit evangelisch-theologisch zu begründen. Es geht nicht um den Notstand, sondern um ein anderes Moment, das Künneth und auch Thielicke beide im Auge haben, ohne es klar auszusprechen: Ob das Bestehen einer christlichen Partei berechtigt ist, kann nicht abstrakt entschieden werden. Die Gründung einer solchen Partei und die Mitarbeit in ihr sind kein christlich-ethisches Postulat. Ob eine christliche Partei notwendig ist, ergibt sich aus der geschichtlichen Situation, aber es kann nicht aus ihr zwingend abgeleitet werden. Die Entscheidung darüber fällt der Christ im Ringen um die Erkenntnis des gewiesenen Weges. Es handelt sich also um das Wagnis christlichen Gehorsams. Dieses muß den Charakter voller Freiheit tragen. Und dieses Moment der Freiheit ist entscheidend: Die Forderung der Gründung einer christlichen Partei als ein alle Christen bindendes Gesetz, und ebenso die Bindung einer solchen Partei an ein aus dem Glauben abgeleitetes, bis ins einzelne fixiertes politisches Programm verträgt sich nicht mit dem evangelischen Glauben. Wo aber die Freiheit bei der Gründung Pate steht und in der jeweiligen politischen Entscheidung gewahrt bleibt, da ist die christliche Partei eine Möglichkeit, zu der der evangelische Christ ein volles, auch theologisch begründetes „Ja“ sprechen kann. Das Wagnis der Gründung einer christlichen Partei wird nicht von einem Christen allein, es wird von einer Gruppe von Christen unternommen werden. Mag sein, daß andere Christen anders entscheiden. Jede christliche Tat gibt sich zur Kritik frei, aber wenn sie aus christlicher Verantwortung in Freiheit geschieht, ist sie auch theologisch legitim. Die CDU ist das Ergebnis einer Gehorsamstat, die Christen aus der Freiheit des Glaubens meinten tun zu müssen. Dies soll im folgenden begründet werden.

Versuchen wir nach diesem Überblick über die Stellungnahme der evangelischen Ethiker zum Spezialproblem der christlichen Partei nun in aller Kürze eine eigene Lösung aufzuzeigen. Dabei soll aber voll und ganz auf die von der Mehrheit der heutigen evangelischen Ethiker vertretenen Grundüberzeugungen aufgebaut werden. Es wird sich zeigen, daß bei konsequentem Ernstnehmen ihrer Grundprinzipien und bei Berücksichtigung der wirklichen Umstände das theologische Urteil über die CDU anders ausfallen muß.

### Mensch — Mitmensch — Welt

Alle evangelischen Ethiker sind in einem Punkt gleicher Meinung, wenn auch ihre Terminologie vielfältig ist: Durch den christlichen Glauben wird die Stellung des Menschen zu seinen Mitmenschen und zur Welt verändert. Dabei zeigt zum Beispiel Karl Barth, wie die Gnade Gottes zum Grund einer neuen Freiheit wird, mit der der Mensch der Welt gegenübertritt (K. Barth, *Das Geschenk der Freiheit*, 1953, S. 8–20). Auch Emil Brunner weist darauf hin, daß die biblische Ethik sich weniger gegen die Gesetzlosigkeit als gegen die Gesetzmäßigkeit wendet, da sie Ethik der Freiheit ist (E. Brunner, *Das Gebot und die Ordnungen*, 1945, S. 54 ff.). Und Friedrich Gogarten spricht von der mündigmachenden Wirkung des Glaubens, der den Menschen aus der Verfallenheit an die Welt herausholt und in die mündige Verantwortung vor Gott stellt, so daß Gott ihm wieder zum Schöpfer und die Welt zur Schöpfung wird. Die so entstehende christliche Verantwortung und Autonomie sind etwas charakteristisch anderes als die Verantwortung und die Autonomie des modernen säkularisierten Menschen. Dessen Verantwortung ist leer — eine Pseudoverantwortung —, weil sie nicht Antwort ist, sondern der Mensch sich nur selbst gegenübersteht (Fr. Gogarten, *Der Mensch zwischen Gott und Welt*, 1952, S. 70 ff.).

Wir könnten diese Hinweise beliebig vermehren. Sie zeigen die *eine* Grunderkenntnis christlicher Ethik: Durch den christlichen Glauben entsteht eine neue Stellung des Christen zu seinen Mitmenschen und zur Welt. Es gibt also eine spezifisch christliche Verantwortung. Diese gilt für alle Lebensgebiete. Es ist keines ausgeklammert. Also gilt sie auch für die Politik. Der starke Sachbezug, den die Politik etwa mit der Wissenschaft gemein hat, hebt die christliche Verantwortung auch für diesen Bereich nicht auf. Dieses ist die elementare und unbestrittene Ausgangsbasis unserer Überlegung.

Nicht so einig sind sich die Theologen über das Wie der Wahrnehmung der politischen Verantwortung durch den Christen. Hier besteht der Grundunterschied zwischen katholischer und evangelischer Auffassung (vgl. hierzu H. Thielicke in H. H. Schrey, *Glaube und Handeln*, 1956, S. XIV–LVIII). Die katholische Lehre geht, so hörten wir, von grundlegenden Glaubenssätzen und naturrechtlich begründeten Axiomen aus. Sie verfährt deduzierend, indem sie die Einzelfragen den gegebenen Normen unterordnet. Der evangelische Christ muß anders vorgehen. Auch er ist durch seinen Glauben an Gott in seinem Gewissen gebunden. Aber dieser Bindung korrespondiert die Freiheit gegenüber der Welt. Ihm ist mitgegeben einerseits eine neue Optik (Thielicke), die ihn mit einer vorher unbekanntenen Offenheit und Freiheit von vorgegebenen Schemen die Welt sehen läßt, und andererseits eine neue Liebe, die ihn mit neuen Impulsen und Opfern der Dienstbereitschaft erfüllt. Der christliche Glaube ist kein neues Gesetz, schafft keine Ideologie, entwirft kein christliches politisches Programm, sondern schafft freie Menschen. Die Freiheit ist allerdings nicht Willkür, sondern entfaltet sich in einer bestimmten Richtung und



innerhalb einer begrenzten, wenn auch breiten Fahrinne (Thielicke, a. a. O. XXXVIII).

Wie sich Freiheit und Bindung verhalten, wird aus Luthers einzigartiger Auslegung der 10 Gebote deutlich. Dabei geht es ihm darum, die überragende Bedeutung des ersten Gebotes bewußt zu machen. Gott schenkt sich uns, wenn er uns sagt: „Ich bin der Herr, dein Gott“. Dadurch wird unser ganzes Leben auf ihn ausgerichtet. Diese Grundrichtung ist das Entscheidende. Sie ist die Magnetnadel (Thielicke, a. a. O. XXII), die unseren Kurs bestimmt, aber sie läßt uns Freiheit zu manövrieren. So beginnt Luther die Auslegung jedes Gebotes auch der zweiten Tafel, in der es um die irdischen Dinge geht, mit den Worten: „Wir sollen Gott fürchten und lieben, daß wir...“. Dieses „daß wir“ zeigt, daß aus dem Verhältnis zu Gott unser Verhalten zur Welt und zum Nächsten abzuleiten ist. Die 10 Gebote sind dabei ebenso wie das Doppelgebot der Liebe ein Halteseil. Aber sie stecken nur ganz grob die Fahrinne ab und ermöglichen, hier und da ein klares Halt zu rufen. Sie geben aber nicht so viel her, um aus ihnen ein positives politisches Programm mit konkreten Entscheidungen abzuleiten. Innerhalb der so gegebenen Richtung und Fahrinne soll der Christ in Freiheit operieren.

Lassen sie mich das an zwei historischen Beispielen klarmachen: Die Männer des 20. Juli 1944 waren zum Teil bewußte Christen. Viele von ihnen kamen von einem konservativen Verständnis des Staats her. Die öffentliche Meinung, aber auch die traditionelle und in evangelischen Kreisen als bindend angesehene Treueverpflichtung gegenüber der Obrigkeit schien ein revolutionäres Vorgehen auszuschließen. Trotzdem entschlossen sich diese Männer aus christlicher Verantwortung zu dem ethisch sehr umstrittenen Mittel des Attentats und zur Revolution. Dies war ein Wagnis aus Glauben bei freier Entscheidung in einer bestimmten geschichtlichen Stunde. Die Entscheidung war durch kein ethisches Gesetz vorgegeben und kann auch nicht nachträglich grundsätzlich-theologisch gerechtfertigt werden. Aber diese Entscheidung war, so glauben wir, notwendig und richtig.

### Eine Tat aus christlicher Freiheit

Analog liegt es bei der CDU 1945. Auch hier gilt: Es gibt kein Postulat evangelischer Ethik, das die Bildung einer christlichen Partei von den Christen zur Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung fordert. Darin haben die theologischen Ethiker recht. Ein solches Postulat wäre ein unevangelisches Gesetz, das der Freiheit des Glaubens widerspricht. Aber was 1945 bei der Gründung der CDU geschah, war etwas anderes: Es war eine Tat aus christlicher Freiheit. Im Gehorsam gegen die Erkenntnis, in jener Stunde der politischen Verantwortung nicht ausweichen zu dürfen und zu konkreter gemeinsamer Aktion gerufen zu sein, schlossen sich evangelische und katholische Menschen zusammen.

Machen wir uns das im Blick auf die damalige Situation klar. Wer sich diese näher vor Augen führen will, lese den entsprechenden Abschnitt in Ludwig Bergsträssers „Geschichte der politischen Parteien“ (Bergsträsser hielt sich zur SPD). 1945 war die KPD als erste auf dem Plan. Die Russen schickten die gut geschulten Emigranten mit klaren Aufträgen nach Deutschland zurück. In Berlin wurde von Pieck und Grotewohl über den Zusammenschluß (der KPD und der SPD) verhandelt. Daraus wurde, wenn auch unter kommunistischem Druck, später die SED. Erst der entschlossene Widerstand Dr. Kurt Schumachers sicherte die Selbständigkeit und den eigenen Weg der SPD. Aber damals war noch nicht klar, ob die SPD ihren

antikirchlichen Kurs aus der Zeit der Weimarer Republik wieder aufnehmen würde. Noch war die überwiegende Mehrheit ihrer Funktionäre Freidenker.

Die ehemaligen bürgerlichen Rechtsparteien hatten sich durch die Zusammenarbeit mit der NSDAP so diskreditiert und ihre Programme und Ideen, auch wo sie Berechtigtes enthielten, waren durch das Dritte Reich so beschmutzt, daß eine Sammlung unter ihren Zeichen unmöglich war. Bestenfalls konnte das Zentrum neu entstehen. Wo sollten damals alle nichtsozialistisch eingestellten Deutschen ihre politische Heimat finden? Wie ihre politische Mitverantwortung beim Aufbau der Demokratie einsetzen? Welche Werte waren in der Lage, diese Menschen im katastrophalen Zerfall aller politischen Ideale und Symbole zu sammeln und zu gemeinsamer politischer Aktion zu führen?

Wer sich jener Tage erinnert, weiß, daß sich damals eines als der Fels aus der Brandung hervorhob: der christliche Glaube. Die Christen hatten den Irrtum und das Verbrechen des Nationalsozialismus als Aufstand gegen Gott erfahren. Im KZ und im Kampf mit dem Nationalsozialismus hatte der christliche Glaube sich als einziger Halt bewährt. Im allgemeinen Zusammenbruch blieb der christliche Glaube stehen. Dabei traten die Unterschiede der Konfessionen zurück. Was lag näher, als sich in der Stunde des Neuanfangs im Zeichen gemeinsamer christlicher Verantwortung zu sammeln! Man hatte keine gemeinsame Ideologie und auch kein großes politisches Programm. Aber man wollte Deutschland aus christlicher Verantwortung heraus helfen. Dies war nicht ein „seltsamer Einfall“, wie Gollwitzer meint, sondern eine Tat christlicher Freiheit, geboren aus dem Willen zum Gehorsam und zum Helfen. So hat denn auch die Kirchenversammlung von Treysa, an der auch Männer wie Niemöller teilnahmen, sich für die Gründung einer christlichen interkonfessionellen Partei ausgesprochen. Die theologische Kritik daran kam erst später. Vielleicht konzidiert mancher Theologe, daß in jenem Notstand die Gründung der CDU berechtigt war, stellt aber die Frage, ob dies auch noch gilt, nachdem der Notstand überwunden ist. Aber es gibt keine punktuellen ethischen Entscheidungen, bei denen man nicht auch zu den Konsequenzen Ja sagen müßte. Jede Entscheidung ist der Antritt eines Weges, der weiter gegangen werden will. Unser Urteil muß von den durch jene Entscheidung gewordenen Gegebenheiten ausgehen. Der Ruf zur Sammlung, den evangelische und katholische Christen aussprachen, hatte einen unerwarteten Erfolg und wurde dadurch politisch als dem Wählerwillen entsprechend bestätigt. Die CDU wurde gleich zur stärksten Partei. Sie wurde zur Regierungspartei, und ihr wuchs eine ungeheure politische Verantwortung für Deutschland und die Welt zu. Niemand kann ohne Grund eine solche Verantwortung von sich schieben.

### Auflösung der CDU?

Auch die schärfsten theologischen Kritiker werden nicht von der CDU verlangen, daß sie sich jetzt aus theologischen Gründen (wir nehmen einmal an, solche wären legitim) auflöst. Ein politisches Chaos könnte die Folge sein. Nein, die einmal in einer konkreten Situation aus christlicher Verantwortung entstandene Partei ist nun eine Gegebenheit. Als Ergebnis einer freien Entscheidung einer Gruppe von Christen kann sie nicht den Anspruch erheben, alle Christen müßten ihr beitreten oder sie wählen. Die Mitarbeit muß der Freiheit jedes Staatsbürgers überlassen bleiben, der prüft, ob die CDU eine gute Politik treibt, und ob diese christlicher Verantwortung gerecht wird. Dabei wird der Christ beachten, daß es die CDU



im Rahmen der demokratischen Parteien der Bundesrepublik charakterisiert, daß sie eine Arbeitsgemeinschaft von Christen ist, der durch das Vertrauen der Wähler eine besondere Verantwortung zugefallen ist. Durch ihr Bestehen und durch ihr Wirken seit 1949 ist die Partei eine Anfrage an jeden Christen, ob er sich an der Verantwortung und Arbeit dieser Partei beteiligen will oder nicht. Die Antwort muß aus der gleichen Freiheit gegeben werden, aus der heraus 1945 die CDU gegründet wurde.

Noch einmal sei betont: Die CDU ist ein Produkt christlicher Laieninitiative. Auf evangelischer Seite sei nur an die Namen von Hermann Ehlert und Robert Tillmanns erinnert. Die Bildung der Partei ging nicht von Theologen aus. Es ist ein Unglück der evangelischen Kirche in Deutschland, daß sie theologisch ständig die Initiative der Laien fordert, wenn diese aber erscheint, sie jedesmal theologisch „beckmessert“ und in theologischer Kritik zu ersticken droht, statt ihr mit theologischen Mitteln zur rechten Lösung zu helfen. Die Sache des christlichen Laien in der CDU ist aber theologisch so legitim, daß sie eine theologische Kritik nicht zu scheuen braucht.

### **Weltanschauungs- oder Volkspartei?**

Lassen Sie mich hieran noch eine Schlußüberlegung anschließen, die für das Selbstverständnis der CDU und insbesondere der evangelischen Mitglieder der Partei von erheblicher Aktualität ist: Es geht um das Problem, das auch auf dem Dortmunder Parteitag 1962 eine Rolle spielte: Ist die CDU eine Weltanschauungs- oder eine Volkspartei?

Zunächst scheint sie eine Weltanschauungspartei zu sein, denn sie ist aus der Sammlung im Zeichen christlicher Verantwortung hervorgewachsen, und diese Sammlung findet bei jeder Wahl erneut statt. Diese gemeinsame Basis und das darin liegende Verbindende ist für die Partei konstitutiv. Aber bedeutet diese Basis und das Wort „christlich“ in ihrem Namen eine gemeinsame Weltanschauung?

Was ist Weltanschauung? Weltanschauung ist „eine auf das Ganze des menschlichen Lebens in der Welt abzielende Sinn-Deutung“ (Brockhaus). Während nun die katholische Lehre eine katholische Weltanschauung als notwendige Konsequenz des katholischen Glaubens ansieht und durch die päpstlichen Enzykliken zu ihrer Definition beiträgt, lehnt die heutige evangelische Theologie eine solche Konsequenz ab. Sie unterscheidet scharf zwischen Glaube und Weltanschauung. Sie weist darauf hin, daß der christliche Glaube immer der gleiche bleibt, die Weltanschauung aber mit der geistigen und wissenschaftlichen Entwicklung sich ständig wandelt. Der evangelische Christ wird bei klarer Bejahung der Glaubensbindung sich nicht auf eine christliche Weltanschauung festlegen lassen, denn auch für die Christen hat sich in den vergangenen Jahrhunderten die Weltanschauung immer wieder geändert. Die Bezeichnung der CDU als Weltanschauungspartei würde die evangelischen Christen, die sich theologisch Rechenschaft geben, in große Schwierigkeiten bringen. Ein solches Selbstverständnis der Partei würde der Freiheit des Christen gegenüber der Welt, wie sie die evangelische Ethik vertritt, widersprechen. Der evangelische Christ sieht die Welt nicht durch die Brille einer Weltanschauung, so gewiß er sich nicht von den geistigen Voraussetzungen seiner Zeit und seiner persönlichen Existenz lösen kann. Aber der Glaube will auch die jeweilige Weltanschauung durchbrechen und fordert nicht die Annahme einer anderen. So ist vor dem Begriff Weltanschauungspartei zu warnen.

### **CDU als Volkspartei**

Dieser theologischen Überlegung entspricht die parteisozio-logische Entwicklung aller Parteien in der Bundesrepublik und insbesondere der CDU zur Volkspartei. Im 19. Jahrhundert hatte Deutschland Weltanschauungsparteien, die meist auch Klasseninteressen vertraten. Auch die Weimarer Republik hatte Parteien, für die ihre Ideologie konstitutiv war. Seit 1945 zeigt sich bei uns ein ganz anderer Trend. Dreierlei hat sich im Parteiwesen geändert. Erstens: der Klassencharakter und die Vertretung der Interessen einzelner Gruppen traten zurück. Zweitens: die Ideologien wurden abgebaut. Drittens: die Wähler konzentrierten sich auf wenige große Parteien. Diese Entwicklung muß als gesund angesehen werden. Die CDU ist der eigentliche Repräsentant und deshalb bisher auch Gewinner dieses Verlaufs. Sie umfaßt als Volkspartei alle Schichten und Gruppen. Während die SPD und FDP immer noch einen gewissen Klassencharakter tragen und einseitige Wirtschaftsinteressen vertreten, umfaßt die CDU das Ganze. Durch den Rückgriff auf die christliche Verantwortung konnte sie auf eine Ideologie verzichten. Sie ist deshalb nicht mit einer Ideologie von gestern belastet wie immer noch SPD und FDP. Sie kann aber doch die berechtigten Anliegen des Sozialismus und der liberalen Wirtschaftslehre übernehmen und weithin verwirklichen.

Die Sammlung der Wähler in den drei großen Parteien geschieht im Rückgriff auf die „Urströme“ unseres geistig-politischen Lebens, nämlich auf die sehr komplexe christliche Tradition, die unter uns lebendig ist, auf die Aufklärung und die sich aus ihr ergebende Emanzipation und schließlich auf den Sozialismus. Die Gedanken dieser drei großen Bewegungen durchdringen sich in unserer Gesellschaft. Sie formieren keine in sich abgeschlossenen Weltanschauungen, aber akzentuieren Grundhaltungen im Politischen. In diesen Zeichen gliedert sich die politische Willensbildung in unserer Demokratie. Dieser Rückgang auf die geistig-politischen Grundströme ist nicht zentral geplant worden, sondern hat sich geschichtlich entwickelt. Das ist um so bemerkenswerter, als unsere Öffentlichkeit ideologiefreudlich ist. Es handelt sich aber auch nicht um Ideologien, sondern um etwas, was ich als geistig-politisches Heimatgefühl umschreiben will. Es ist ein geschichtlich-soziologischer Tatbestand, der unser Parteileben verändert und zur Entstehung der Volksparteien geführt hat. Dabei kann allerdings gefragt werden, ob den anderen Parteien der Begriff „Volkspartei“ in gleicher Weise gemäß ist wie der CDU.

### **CDU — Partei der Freiheit**

Eine Volkspartei ist ein weiter und vielfältiger Bereich. In ihm sammeln sich Menschen sehr unterschiedlicher Provenienz und Färbung. Dies kann bei einer politischen Partei nicht anders sein und ist auch theologisch gerechtfertigt, denn eine Partei ist Bestandteil des Staates und der Gesellschaft, nicht aber der Kirche. Sie ruft alle zu sich, ohne sie auf ihren Glauben zu prüfen. Die Partei hat aber ihre Mitte in dem Bekenntnis zu der grundlegenden Bedeutung des christlichen Glaubens für Geschichte und Gegenwart unseres Volkes. Sie leitet daraus nicht eine verbindliche Weltanschauung ab, sondern handelt von dieser Mitte aus, wenn auch wirklich politisch, und schafft gerade so einen Bereich geistiger und politischer Freiheit. Deshalb gibt sie allen, die auf dieser Basis mitarbeiten, Raum. Die CDU muß ihrem Wesen nach eine Partei der Freiheit sein. Sie muß es um des „C“ in ihrem Namen willen. Gerade deshalb wird sie Volkspartei und nicht im engen Sinne Weltanschauungspartei sein wollen.



## Grundlinien der deutschen Außenpolitik

Vielleicht seit Leopold von Ranke — sicher aber seit Wilhelm Dilthey — gibt es den Satz vom Primat der Außenpolitik. Vielleicht werden Sie erwarten, daß ich neue Argumente für diesen Satz vorbringe, nachdem ich nicht mehr Innenminister sondern Außenminister bin. Solche Erwartungen muß ich leider enttäuschen; nicht etwa, weil ich die entscheidende Bedeutung unserer Außenpolitik für das Schicksal des deutschen Volkes verkenne, sondern weil mir in meinem neuen Amt die Verflechtung der Außenpolitik mit den inneren Verhältnissen, den materiellen und geistigen Kräften unseres Staates und Volkes wichtiger erscheint als die Frage nach dem Vorrang der Außenpolitik.

Die Außenpolitik ist sicher keine Funktion der Wirtschaft, und die Wirtschaft ist auch nicht, wie Rathenau meinte, unser Schicksal. Dennoch ist die wirtschaftliche Stabilität in der Bundesrepublik eine wesentliche Voraussetzung für eine aktive und erfolgreiche deutsche Außenpolitik.

Der materielle Aufschwung der Bundesrepublik nach dem Kriege hat unsere Rückkehr in die Weltpolitik sehr erleichtert. Der Fleiß, die Entschlossenheit und die Tatkraft, mit der wir die Not der Nachkriegsjahre überwand, unser zerstörtes Land wieder aufbauten, im Laufe von anderthalb Jahrzehnten einen der größten Industriestaaten errichteten und im Welthandel die zweite Stelle nach den Vereinigten Staaten von Amerika gewannen, haben uns wieder die Achtung und den Respekt der Welt eingetragen. Die wirtschaftliche Leistungskraft der Bundesrepublik hat uns für viele zu einem attraktiven Partner gemacht. Sie hat aber auch das Interesse und Verständnis für unsere politischen Probleme, insbesondere die Deutschlandfrage, selbst bei den Nationen gefördert, die uns sonst vielleicht gleichgültiger gegenüberstanden hätten. Der hohe Lebensstandard, den wir in der Bundesrepublik Deutschland erreicht haben, ist gewiß erfreulich, für den Rang eines Volkes vor der Geschichte ist er aber nicht maßgebend. Hier entscheiden vielmehr die Ziele, die unser Volk sich setzt, und die persönlichen Opfer, die es für diese Ziele zu bringen bereit ist. Ein Volk mit einer noch so starken und blühenden Wirtschaft wird im politischen Leben der Völker versagen, wenn es nur in wirtschaftlichen Kategorien denkt und wenn ihm der Wille zur politischen Selbstbehauptung fehlt. Ich möchte nicht glauben, daß die Hinwendung unserer Bevölkerung zu den materiellen Gütern des Lebens wirklich so allgemein und ausschlaggebend ist, wie oft behauptet wird, oder daß eine solche Tendenz in unserem Volke von Dauer sein könnte. Dennoch sollten wir uns stets darauf besinnen und unentwegt verkünden, daß es nicht angeht, nur Rechte und Ansprüche anzumelden, ohne Pflichten zu übernehmen. Dies gilt in der Innenpolitik ebenso wie in der Außenpolitik.

Es genügt nicht zu sagen, die Außenpolitik sei Sache der Regierung oder gar nur des Außenministers. Die Außenpolitik eines freien Volkes ist nur dann glaubwürdig, wenn ihre Ziele vom Volk geteilt werden und wenn das Bekenntnis zu diesen Zielen sich nicht in Deklarationen erschöpft, sondern wenn das Volk bereit ist, für diese Ziele Lasten und Risiken auf sich zu nehmen.

In letzter Zeit mehren sich bei uns die Stimmen, die an unserem wirtschaftlichen Verhalten Kritik üben. Angesichts unseres sichtbaren Wohlstandes findet diese Kritik bei vielen kein Verständnis und wird oft nur für eine hypochondrische Grille gehalten. Mag sein, daß diese Kritik zuweilen über das Ziel hinausschießt; dennoch sind wir uns sicher einig, daß bei uns nicht *alles* zum besten steht und daß wir in der Versuchung sind, über unsere Verhältnisse zu leben.

Die Deutschen galten und gelten noch immer in der Welt als eines der fleißigsten Völker. Durch verschiedene Erhebungen in den Ländern des Gemeinsamen Marktes ist jedoch festgestellt worden, daß die Bundesrepublik Deutschland und Italien heute von allen EWG-Ländern die kürzeste durchschnittliche Arbeitszeit haben. Die Tendenz zu kürzeren Arbeitszeiten und höheren Löhnen beginnt sich bereits ernsthaft auf unsere Wettbewerbslage innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und im Export nach der übrigen Welt auszuwirken; hierüber dürfen wir uns durch die zur Zeit günstigen Ausfuhrziffern, die auf den Geschäftsabschlüssen früherer Jahre beruhen, nicht täuschen lassen. Diese Tendenz bedroht das Wachstum unseres Sozialprodukts und die Stabilität unserer Wirtschaft. Eine labile Wirtschaft würde jedoch unsere außenpolitischen Möglichkeiten erheblich einschränken.

Wir haben in den vergangenen Jahren viel erreicht; aber wir haben bestimmt nicht das Recht, auszuruhen und in unseren Anstrengungen nachzulassen, denn wir brauchen alle unsere Kräfte — die wirtschaftlichen und die moralischen — für die Zukunft. Wir sind bei weitem noch nicht über den Berg. Die Spaltung der Welt in einen freien Teil und einen kommunistisch beherrschten geht nach wie vor mitten durch unser Volk. Der Druck auf Berlin hat nicht nachgelassen; wir müssen vielmehr damit rechnen, daß er noch stärker wird. Die Verhandlungen über die Abrüstung haben keine Fortschritte gemacht. Die Bedrohung der Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens durch den Kommunismus ist nicht geringer geworden.

In dieser Lage können wir uns weder durch Geld noch durch wirtschaftliche Güter Sicherheit erkaufen. Und auf keinen Fall könnten wir uns der Gefahr entziehen, indem wir bedingungslos jedem Druck nachgäben oder uns passiv verhielten. Wir haben keine andere Wahl, als nach einem Bild Shakespeares „die Blume Sicherheit aus der Nessel Gefahr zu pflücken“.

Dies gelingt uns nur, wenn wir einen nüchternen Blick, Geduld und Entschlossenheit bewahren. Es gibt keine Zauberformel, mit der wir die Gefahr bannen und Sicherheit gewinnen können. Es gibt kein Konzept, das alle Variablen in Rechnung stellt und eine risikofreie Lösung der vielen Probleme garantiert, die vor uns liegen. Vielleicht möchte man mir entgegenhalten, der Kommunismus habe doch auch ein Konzept und wir müßten ihm, wenn wir ihm widerstehen wollten, mit einem eigenen entgegentreten. Gewiß, er hat ein Konzept — jetzt sogar zwei: ein sowjetisches und ein chinesisches —, aber Erfolge kann er nur noch dort aufweisen, wo er sich von ihm löst. Die schwersten Rückschläge erleidet er überall da, wo er sich ängstlich an seine Doktrin hält. Die



jammervolle Landwirtschaftspolitik in der Sowjetunion wie in China bietet dafür den eindringlichsten Beweis.

### Der Ruf nach Initiativen

Ebenso skeptisch bin ich gegenüber dem Ruf, der Westen solle mehr Phantasie und Initiative entwickeln. Solche theoretischen und abstrakten Forderungen mögen gut im Ohr klingen; in Wirklichkeit besagen sie gar nichts. Eine Initiative kann richtig oder falsch sein, zur rechten oder unrechten Zeit erfolgen. Sie kann Teil eines sorgfältig durchdachten Plans oder nur Ausdruck der Ungeduld und Nervosität sein. Und phantasievolle Pläne, ungeläutert durch die Vernunft, an den realen Gegebenheiten nicht geprüft, haben sich oft als phantastisch und gefährlich erwiesen. An solchen Vorschlägen ist kein Mangel.

Den wirklich fruchtbaren und kühnen Plan aber erkennt man daran, das er Phantasie und Nüchternheit vereint und daß er auf einer gründlichen Kenntnis und richtigen Bewertung aller Details beruht. Das wird auch die Maxime für den Planungsstab des Auswärtigen Amtes sein, der allmählich entstehen soll. Das beste Beispiel für eine fruchtbare Verbindung von Phantasie und Nüchternheit ist jener Plan, der sich vor unseren Augen verwirklicht und der unseren Gegnern, wie sie nur allzu deutlich zeigen, ihr ganzes Konzept verdirbt. Ich meine die Einigung Europas.

Pläne, wie ich sie eben bezeichnet habe, werden zwar meist von einzelnen konzipiert; zu ihrer Entwicklung und Durchführung aber bedarf das Auswärtige Amt hochqualifizierter Mitarbeiter, die sowohl die eigentlich außenpolitischen Probleme, als auch die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und historischen Zusammenhänge überblicken. Sie sollen keine farblosen Spezialisten, sondern müssen Persönlichkeiten sein, worunter ich nicht Charaktere verstehe, die glauben, sich durch Nonkonformismus beweisen zu müssen, oder die die öffentliche Aufmerksamkeit suchen. Ich denke vielmehr an die große Zahl von Mitarbeitern, die im Inland wie im Ausland ihre Aufgabe umsichtig und kenntnisreich, taktvoll und loyal erfüllen, und die selbstlos der Sache unseres Staates und seinem Ansehen dienen.

Bei diesen Entscheidungen gehen wir von den realen Gegebenheiten aus, die wir so unverzerrt wie möglich zu erkennen suchen. Das heißt nicht etwa, daß wir uns von den Ereignissen treiben lassen oder daß unsere Politik richtungslos ist. Sie orientiert sich vielmehr an drei hohen und unverrückbaren Zielen: drei Zielen, von denen wir keines aufgeben können. Jede unserer politischen Handlungen, die auch nur einem einzigen zuwider liefe, wäre falsch. Diese Ziele sind: *Frieden, Freiheit, Ordnung*. Sie gehören untrennbar zusammen.

*Ohne Frieden ist Ordnung nicht möglich.* Denn der Krieg zerstört die Ordnung der Völker und — in seiner furchtbarsten, heute möglichen Form — die Völker selbst.

*Freiheit ohne Ordnung ist Anarchie.* Wo der einzelne sich nicht für eine gerechte Ordnung in seinem Volk, wo das einzelne Volk sich nicht für eine gerechte Ordnung der Völker verantwortlich fühlt und aus dieser Verantwortung heraus handelt, geraten die Freiheit und der Frieden in Gefahr.

*Ordnung ohne Freiheit ist Diktatur.* Unser Volk hat eine Ordnung dieser Art kennengelernt. Sie endete in dem Chaos des Jahres 1945. Eine Ordnung ohne Freiheit herrscht noch heute jenseits des Eisernen Vorhangs. Sie dient nicht der Allgemeinheit, sondern der schmalen Schicht, die sich mit ihrer Hilfe an der Macht hält und diese Ordnung auf alle übrigen Völker der Welt ausdehnen will.

*Frieden ohne Freiheit ist ein Zustand, in dem nur Unterdrücker und Knechte gedeihen,* während Seele und Geist erstickt werden oder sich nur in dem engen, privaten Bereich am Leben erhalten können, in den der Staat nicht dringt. In diesem Zustand werden unsere Landsleute in der Zone gehalten.

### Die Einigung Europas

In der Einigung Europas werden, wie gesagt, unsere Ziele am anschaulichsten erkennbar. Gewiß, dieses Werk ist noch weit von seiner Vollendung entfernt, und für bedeutende Teile sind sogar noch die Fundamente zu legen. Doch die Stetigkeit, mit der Stein auf Stein gesetzt wird, bietet eine bessere Gewähr für die Festigkeit und Dauer des Baues als eine in einer kurzen Epoche des Überschwangs improvisierte Konstruktion. Die Vielfalt der Verhandlungen in Kommissionen und Unterkommissionen mit ihren Schwierigkeiten, Rückschlägen und neuen Anläufen sind für den Außenstehenden und Nichtfachmann sicher oft verwirrend. Ihre Wirkungen auf wirtschaftlichem, aber auch auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet sind schon deutlich zu spüren und die Dimensionen des Werks können überschaut werden.

Der mächtige wirtschaftliche Aufschwung, der bereits in den ersten vier Aufbaujahren des Gemeinsamen Marktes eingetreten ist, zeigt sich eindrucksvoll, wenn wir die Entwicklung des Weltaußenhandels mit der Entwicklung des Außenhandels der sechs EWG-Länder vergleichen. Von 1958 bis 1961 hat der Weltaußenhandel um 23% zugenommen. In der gleichen Zeit hat sich aber der Handel der sechs Mitgliedsstaaten untereinander um nicht weniger als 73% ausgeweitet. Erfreulicherweise hat das Wachsen der Wirtschaftskraft der Sechs nicht nur auf den innergemeinschaftlichen Handel, sondern auch auf den Außenhandel der Sechs zu dritten Ländern ausgestrahlt. Dieser ist in der gleichen Zeit um 27% gestiegen; der Zuwachs liegt somit über der durchschnittlichen Steigerung des Weltaußenhandels von 23%. Besser kann wohl die Behauptung, die EWG führe zu einer Abkapselung von der übrigen Welt, nicht widerlegt werden.

Die gleiche steile Aufwärtsentwicklung hat sich auch in der industriellen Produktion angebahnt. Setzen wir die Produktion zu Beginn des Gemeinsamen Marktes gleich 100, so ist sie bis Mai dieses Jahres auf 140, d. h. um 40% gestiegen. Diese Erhöhung ist außerhalb der EWG nur von ganz wenigen Ländern erreicht worden. Demgegenüber ist die industrielle Produktion der Sowjetunion bis Ende 1961 — trotz aller Anstrengungen, uns einzuholen — nur um 23% gewachsen.

Der Handelsaustausch zwischen den kommunistischen Ländern nahm beträchtlich langsamer zu als zwischen den Ländern unserer Gemeinschaft. Eigentlich hätte man doch annehmen sollen, daß der kommunistische Block, der sich so oft seiner monolithischen Einheit rühmt, und dessen Regierungen über alle dirigistischen Möglichkeiten zur Einwirkung auf die kleinste Fabrik und den fernsten Kolchos verfügen, dieses Problem ganz leicht hätte lösen können. Sonderbarerweise aber scheint die Tendenz, nationalwirtschaftliche Reservate zu wahren, in den kommunistischen Staaten viel stärker zu sein als im Westen, obgleich das nach der marxistisch-leninistischen Doktrin doch gar nicht der Fall sein dürfte. Während im Gemeinsamen Markt die ursprünglich vorgesehenen Fristen für den Zollabbau zweimal vorverlegt werden konnten — bezeichnenderweise auf das Drängen der Wirtschaftskreise in



den Mitgliedsstaaten —, müssen die Satellitenstaaten in ihre Wirtschaftsgemeinschaft hineingepeitscht werden. Aber ist das wirklich so sonderbar? Chruschtschow selbst schiebt in einem aufschlußreichen Artikel in der Septemhernummer der kommunistischen Zeitschrift „Probleme des Friedens und Sozialismus“ die Schuld an den bisherigen Mißerfolgen auf den Nationalismus und die Autarkiebestrebungen einiger Satelliten. Der tiefere Grund aber ist, daß diese Staaten sehr wohl sehen, daß sie nur ausgebeutet werden und für den höheren Ruhm der Sowjetunion arbeiten sollen.

### Der Osten und die EWG

Die kommunistische Propaganda hat den Gemeinsamen Markt lange Zeit bagatellisiert. Ja, diese Propaganda verstieg sich zu dem absurden Argument, die wirtschaftliche Einigung Europas sei nichts weiter als ein Zeichen für das nahe bevorstehende Auseinanderfallen der westeuropäischen Staaten. Aber seit einigen Monaten beschäftigt man sich in Moskau mit der europäischen Integration ernsthafter. In dem eben erwähnten Artikel sieht sich Chruschtschow jetzt zu dem Eingeständnis gezwungen, der Gemeinsame Markt sei ein Erfolg und — wie er schreibt — „mit gewaltigen Vorteilen für die imperialistischen Monopole verbunden“. Eine späte Erkenntnis und eine für ihn schmerzhaft dazu, zumal sie in einem Augenblick gewonnen wird, wo in der Wirtschaft der kommunistischen Länder, nicht nur in der Landwirtschaft und Versorgungsgüterindustrie, ernste Mängel sichtbar werden. Es ist kein Wunder, daß die Erfolge unserer wirtschaftlichen Einigung und die nunmehr auch in Moskau erkannten Umrisse der Neuordnung Europas, den kommunistischen Führern als Gefahr, ja als Katastrophe erscheinen und finstere Aussichten auf den „friedlichen Wettbewerb“ eröffnen, mit dem der Kommunismus uns in die Knie zu zwingen hofft.

Noch vor einigen Jahren hatte Chruschtschow gemeint, die Zeit arbeite für den Kommunismus, oder wie er sich ausdrückte, „der Wind blase nicht ihm, sondern dem Westen ins Gesicht“. Ich zweifle, ob Chruschtschow diesen Satz heute noch aufrecht erhält; sicher nicht, wenn er die wirtschaftliche Entwicklung betrachtet; und sicher nicht, wenn der Einigungsprozeß Europas im bisherigen Rhythmus fortschreitet.

Allerdings ist der Gemeinsame Markt nicht gegen den kommunistischen Block gerichtet. Die steigende Konjunktur in unserer Gemeinschaft wird auch die Absatzmöglichkeiten der osteuropäischen Staaten auf diesem Markt erhöhen. Schon in unserem Memorandum an die Sowjetregierung vom 21. Februar haben wir darauf hingewiesen, daß eine enge Zusammenarbeit der osteuropäischen Staaten mit dem Gemeinsamen Markt von beträchtlichem Nutzen für alle Partner sein könnte. Ich wiederhole, daß eine solche Zusammenarbeit kein unrealistisches Ziel ist, wenn es auch nur nach einer befriedigenden Lösung der noch anstehenden politischen Probleme erreicht werden kann.

Die kommunistischen Führer dürfen sich jedoch nicht darüber täuschen, daß sie eine derartige Entwicklung schon im Ansatz unmöglich machen, wenn sie fortfahren, internationale Krisen heraufzubeschwören. Es gibt Anzeichen dafür, daß in einigen osteuropäischen Staaten das Verständnis für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft größer ist als in Moskau. Wir hoffen, daß der Realitätssinn der sowjetischen Führer und die weiteren Erfolge der europäischen Einigung auch in Moskau die Erkenntnis dafür fördern, was für die osteuropäischen Staaten nützlich ist und was nicht. Denn die Einigung Europas

wird weiter fortschreiten. Soviel aber ist sicher: jeder Versuch, von außen diese Entwicklung zu stören, wird uns neue Impulse geben und den Zusammenschluß eher beschleunigen, den wirtschaftlichen wie den politischen.

### Die politische Einheit Europas

Die politische Gestaltung Europas tritt bei uns immer mehr in den Mittelpunkt der Diskussion, während die wirtschaftliche Integration, obwohl bei weitem noch nicht vollendet, von vielen bereits als eine selbstverständliche, natürliche Entwicklung hingenommen wird. Die Faszinationskraft, die der Gedanke der politischen Einigung Europas ausstrahlt, ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß unsere Generation die neuen Aufgaben in einer veränderten Welt erkannt, daß der Blick sich geweitet hat und daß die Notwendigkeit gesehen wird, neue Formen des politischen Zusammenlebens unserer Völker zu suchen. Bei aller Freude und Genugtuung über diese Entwicklung sind aber drei Tatsachen zu bedenken:

1. Die wirtschaftliche Integration Europas im Gemeinsamen Markt, in der Montan-Union und der Europäischen Atomgemeinschaft ist bereits von großer politischer Bedeutung. Sie greift tief in das innere Gefüge der Mitgliedsstaaten ein. Ich brauche nur an die agrarpolitischen Beschlüsse zu erinnern, die im Januar dieses Jahres in Brüssel gefaßt worden sind. Dieses politische Element wird immer deutlicher hervortreten, besonders wenn in wenigen Jahren internationale Handelsverträge nicht mehr von den einzelnen Mitgliedsstaaten, sondern von der EWG als solcher abgeschlossen werden.

Nach marxistischer Auffassung — und vielleicht ist darum das Erschrecken in Moskau über die folgerichtige und unaufhaltbare Entwicklung des Gemeinsamen Marktes so tief — nach marxistischer Auffassung *bedeutet* die wirtschaftliche Einigung schon die politische. Dieser Ansicht bin ich allerdings nicht. Ein wirtschaftlicher Riese — und das *wird* die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft —, der zu einheitlichem, wirkungsvollem politischem Handeln unfähig wäre, stünde auf tönernen Füßen und würde bei einer ersten innen- oder außenpolitischen Krise schwanken und stürzen.

2. Trotz der politischen Elemente, die in den Beschlüssen zur wirtschaftlichen Integration enthalten sind, erwächst die Politische Union nicht von allein und nicht ohne unser Zutun aus dem Gemeinsamen Markt. Weitere politische Schritte müssen wir selbst tun und dabei die Dynamik ausnutzen, die unser Werk beflügelt. Das endgültige Ziel ist sicher noch fern. Eine voll verantwortliche europäische Regierung und ein mit voller Gesetzgebungsbefugnis ausgestattetes Parlament wird erst am Ende des Einigungsprozesses stehen. Ich bin der Ansicht, daß wir bald, wenn auch bescheiden anfangen und die Anforderungen an die neuen politischen Institutionen nicht überspannen sollten, unter anderem auch, um die Mitarbeit Großbritanniens am Anfang zu erleichtern.

Auf dem Wege zu der politischen Union, die das europäische Einigungswerk krönen soll, sind noch viele Etappen zurückzulegen. Es ist zwar möglich, wie in dem Zöllsenkungs-Programm der EWG, Etappen zu verkürzen; aber es ist wichtig, daß wir keine Stufe überspringen und den Bau des politisch geeinten Europas nicht überstürzen.

3. Die endgültige Form der politischen Union Europas läßt sich heute noch nicht erkennen. Wir werden die Erfahrungen nutzen müssen, die wir auf dem Wege zu diesem Ziel machen. Anders als etwa die Engländer neigen wir Deutschen dazu,



abstrakt und in Institutionen zu denken. Wir dürfen jedoch nicht übersehen, daß die beste Formel für eine politische Union Europas unwirksam bleibt, ja vielleicht unser ganzes Werk in Frage stellt, wenn sie dem europäischen Bewußtsein in unseren Völkern zu weit vorseilt. Dieses europäische Gemeinschaftsgefühl ist noch nicht überall gleichmäßig entwickelt. Nur eine echte, aus Überzeugung entstandene europäische Solidarität wird uns helfen, künftige Hindernisse zu überwinden und die Form zu prägen, die das künftige Europa erhalten soll.

Der Wille zur europäischen Einigung ist zwar in unserem Volk stark; dennoch weiß ich nicht, ob wir uns immer genügend klar machen, daß in einem geeinten Europa die Probleme des einen auch die des anderen sein müssen. Dies ist kein Einwand gegen unser Vorhaben. Wir meinen nur, daß wir die meisten Probleme gemeinsam leichter lösen können als jedes Volk für sich allein. Ein enger politischer Zusammenschluß wird — wie in der *wirtschaftlichen* Integration — auch unsere *politischen* Kräfte nicht nur addieren, sondern multiplizieren. Trotzdem sollten wir uns neben den Vorteilen schon jetzt auch der Pflichten bewußt sein, die uns in einem geeinten Europa erwarten. Denn wenn wir wollen, daß unsere nationalen Anliegen zu Anliegen Europas werden, dann müssen wir uns ebenso die Anliegen der mit uns verbundenen Völker zu eigen machen.

Ich freue mich, daß Presse, Rundfunk und Fernsehen diese Aufgabe schon früh erkannt haben und daß sie das Verständnis für die Völker unserer Gemeinschaft und ihre Probleme fördern. Wenn die Journalisten und Publizisten es nicht selbst sagen wollen — vielleicht aus Bescheidenheit? — dann möchte *ich* es doch einmal aussprechen: Sie haben wesentlich zum Abbau der nationalen Vorurteile und zur Bildung eines europäischen Solidaritätsbewußtseins beigetragen; sie haben den Gedanken der europäischen Einigung auch dann vertreten, wenn unsere Verhandlungen festgefahren oder wenn Rückschläge eingetreten waren. Das Verständnis, das sie in der Öffentlichkeit weckten, und die Impulse, die von ihnen ausgingen, haben uns geholfen, manche Schwierigkeiten zu überwinden.

Dies also sind die drei Aspekte des europäischen Einigungswerks: der wirtschaftliche Zusammenschluß, die politische Union und das europäische Bewußtsein der Völker. Der Erfolg unseres Unternehmens und die Geschwindigkeit, mit der wir es vollenden, hängt davon ab, ob es uns gelingt, die Entwicklung auf diesen drei Gebieten zu harmonisieren.

### Frankreich, England und Europa

Der begeisterte Empfang, den der französische Staatspräsident de Gaulle kürzlich bei uns erlebte, war ein eindeutiges Bekenntnis zur deutsch-französischen Freundschaft. Er war ein bewegendes Zeugnis dafür, daß sich zwei europäische Völker ausgesöhnt haben, die einander lange Zeit als Erbfeinde betrachtet und bekämpft hatten. Diese Freundschaft ist eine wesentliche Voraussetzung für die Einigung Europas. Aber nicht nur das: Wenn dieser Umschwung im deutsch-französischen Verhältnis nicht erfolgt wäre, gäbe es heute keine freien Völker in Europa mehr.

Ich kann aber über Europa nicht sprechen, ohne etwas ausführlicher auf Großbritannien einzugehen. Großbritannien hat sich dem Kontinent anfangs zwar nur zögernd, doch dann entschieden zugewandt. Sein Blick war seit vielen Generationen auf die überseeische Welt, das Empire und schließlich das Commonwealth gerichtet. Sein Überseehandel war weit grö-

ßer als der mit Europa. Noch vor wenigen Jahren hörten wir aus England das Schlagwort „Britain is in Europe but not of Europe“ — „Britannien liegt in Europa, aber es gehört nicht dazu“, wie man übersetzen könnte.

Der 9. August vorigen Jahres, an dem die britische Regierung den Wunsch aussprach, über den Eintritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu verhandeln, bedeutete einen Wendepunkt in der Geschichte Großbritanniens und Europas. Wir verstehen, daß diese Entscheidung schwer fiel und fällt, nicht nur aus historischen und psychologischen, sondern auch aus handfesten wirtschaftlichen Gründen: die britische Wirtschaft wird sich neu ausrichten müssen; der Absatz von Agrarerzeugnissen, besonders aus Kanada, Australien und Neuseeland wirft ernste Probleme auf. Viele andere weltweite wirtschaftliche und politische Bindungen Großbritanniens werden berührt; aber die Beratungen in Brüssel dienen gerade dem Zweck, hierfür Lösungen zu finden. Schwierigkeiten werden sich nicht vermeiden lassen. Auch die Gründungsmitglieder des Gemeinsamen Marktes haben sie in Kauf nehmen müssen. Sie haben sich dazu bereitgefunden, weil sie überzeugt sind, daß alles, was für die Gemeinschaft als Ganzes gut ist, sich schließlich auch als Vorteil für jedes einzelne Mitglied erweisen wird.

Ebenso wie wir Verständnis für die britischen Probleme haben, erwarten wir Großbritanniens Verständnis dafür, daß durch seinen Beitritt die Konturen der europäischen Union nicht verschwimmen dürfen. Die Gemeinschaft soll keine nur locker zusammengefügte Interessengruppe sein, sondern sich zu einem politisch und wirtschaftlich wirksam operierenden Instrument mit einheitlichem Willen entwickeln. Gewiß, Beratungen und Beschlüsse werden um so schwieriger, je mehr Nationen im Rat sitzen. Aber angesichts der gemeinsamen Bedrohung müssen wir dies in Kauf nehmen. Wir können es nicht verantworten, Großbritannien in die Isolierung zu drängen. Unser Ziel ist, das freie Europa zu einigen. Es soll eine Macht werden, die mit *einer* Stimme redet, nicht mit mehreren.

Wir können uns der großen Herausforderung, die die Geschichte an uns richtet, nicht entziehen. Wir können uns ihr nur stellen in einem geeinten Europa. Allein und einzeln würden wir scheitern.

### Die USA und Europa

Aber eine weitere Voraussetzung muß ich sofort hinzufügen, nämlich die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Bereitschaft hierzu besteht bei dem amerikanischen Volk und bei der amerikanischen Regierung. Diese Einstellung sollten wir durchaus nicht als selbstverständlich hinnehmen.

Noch vor wenigen Jahrzehnten erkannte man in den USA der Innenpolitik das Primat zu. Der Isolationismus war eine tiefverwurzelte, politisch bedeutsame Macht. Der Eintritt dieser großen Nation in die Weltpolitik und ihr rascher Aufstieg war ein erstaunliches, wenn auch kein einzigartiges Phänomen. Im Gegensatz zur Sowjetunion aber haben die Vereinigten Staaten nicht um die Macht gekämpft, etwa um die Hegemonie zu erringen, oder um der Welt eine Doktrin aufzuzwingen. Sie traten vielmehr — so schien es beinahe — ihre Rolle nur zögernd und wider Willen an, übernahmen dann jedoch entschlossen die ihnen zugefallene Verantwortung, ohne den Versuchungen ihrer Stellung zu erliegen. Man suche ein weiteres Beispiel in der Geschichte für eine Nation,



der alle Machtmittel zur Verfügung standen und die in ähnlicher Weise für Frieden, Freiheit und Ordnung in der Welt, oft in weit entfernten Ländern, eintrat und dafür gewaltige Opfer brachte!

Schon die Rede des Staatssekretärs Byrnes im September 1946 in Stuttgart brachte uns gegenüber die Wende. Hier wurde uns, dem ehemaligen Kriegsgegner, das Seil zugeworfen, mit dem wir uns aus der Nachkriegsnot gerettet haben. Die europäischen Nationen waren damals die verarmten Vettern der USA. Schon Winston Churchill hatte in seiner Züricher Rede vom Jahre 1946 die Einigung Europas angeregt; entscheidend gefördert wurde dieser Gedanke durch das ständige amerikanische Drängen. Heute einigt sich das freie Europa; es hat sich mit amerikanischer Hilfe auf eigene Füße gestellt.

Es wäre kurzsichtig, wollte es nun in falschem Ehrgeiz das Band zu den USA lösen. Es gilt im Gegenteil, um den engeren Ring, der Europa zusammenhält, einen weiteren zu legen, der uns fest mit den Vereinigten Staaten verbindet. Denn ein geeintes Europa wird zwar stark und groß sein; aber doch nicht stark genug, um sich allein zu verteidigen, und nicht groß genug, um die gewaltigen Friedensaufgaben zu erfüllen, die uns in der Welt erwarten, darunter die Hilfe für die Entwicklungsländer, ihre Eingliederung in die Weltwirtschaft oder die vielfältigen Probleme, die sich aus dem schnellen Anwachsen der Weltbevölkerung ergeben. Aufgaben dieser Größenordnung kann die freie Welt nur gemeinsam bewältigen. Wir werden daher den Vereinigten Staaten, die bisher die Hauptlast trugen, allmählich einen Teil ihrer Bürde abnehmen müssen. Unser Ehrgeiz sollte dahin gehen, ein unentbehrlicher Partner der USA, nicht aber ihr Rivale zu werden.

In dem Augenblick, wo Europa mündig geworden ist und einen Teil der Verantwortung mitträgt, ändert sich auch die Art der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten. Unsere Gesichtspunkte kommen stärker zur Geltung. Unser Gewicht als starker Partner wirkt sich immer mehr in den Beratungen über die gemeinsame politische Linie aus. Das ist eine natürliche und wünschenswerte Entwicklung, die durch die verständnisvolle Haltung der amerikanischen Regierung erleichtert wird.

Besonders nachdrücklich möchte ich in diesem Zusammenhang erklären: Die gemeinsame amerikanisch-deutsche Grundlinie in der Berlin- und Deutschlandpolitik ist ungefährdet. Die Vereinigten Staaten und unsere anderen Alliierten haben ihr Schicksal mit dem Berlins verbunden. Wir vertrauen den Vereinigten Staaten, und sie können uns vertrauen. Das gleiche Vertrauensverhältnis besteht zwischen uns und den übrigen Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses. Die NATO garantiert unsere Sicherheit. Sie hat sich in der Berlin- und Deutschland-Frage hinter uns gestellt und hat wiederholt ihren Willen bekräftigt, für die Freiheit West-Berlins einzustehen. Wir halten es daher für notwendig, die Atlantische Allianz politisch und militärisch zu stärken und auszubauen.

### Die Entwicklungsländer

Unter den Aufgaben, die Europa nur in enger Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten bewältigen kann, habe ich vorhin die Hilfe für die Entwicklungsländer genannt. Ich möchte auf dieses Thema hier etwas näher eingehen, um ein Beispiel für die Größenordnung der Probleme zu geben, die uns in der Welt entgegentreten. Untersuchungen haben ergeben, daß heute nur ein Drittel der Weltbevölkerung genug zu essen hat. Zu diesem Drittel gehören wir. Die anderen zwei

Drittel sind unterernährt oder hungern. Wir halten es für unsere selbstverständliche Pflicht, diese Menschen zu unterstützen, nicht durch Almosen, sondern indem wir ihnen helfen, sich selber zu helfen. Damit erfüllen wir nicht nur eine humanitäre, sondern auch eine politische Aufgabe; denn indem wir dem hungernden und armen Teil der Weltbevölkerung Brot und Arbeitsplätze verschaffen, tragen wir zur Entwicklung einer gesunden und gerechten Weltwirtschaftsordnung bei und ermöglichen es den Entwicklungsländern, an einem wirklichen friedlichen Wettbewerb für einen höheren Lebensstandard teilzunehmen.

Die Bundesrepublik Deutschland, die ihren jetzigen Wohlstand zu einem nicht geringen Teil der Entwicklungshilfe verdankt, die ihr durch den Marshall-Plan zuteil geworden ist, steht heute an führender Stelle unter den Staaten, die selbst Entwicklungshilfe leisten. Die Hilfe der Bundesrepublik

---

*„Der Gegensatz zwischen Ost und West ist nicht ein Gegensatz der Völker. Er ist auch nicht der Gegensatz von Kapitalismus und Kommunismus, denn als bloße Wirtschaftsformen könnten sie sich annähern. Der Gegensatz hat seine furchtbare Bedeutung allein darin, daß politische Freiheit und totale Herrschaft nicht zu versöhnen sind. Nationalsozialismus und Bolschewismus, obgleich ganz verschieden durch Völker und Ideologien und Wirtschaftsformen, sind im Prinzip der Herrschaft und ihrer Methoden identisch. Totale Herrschaft ist ein im technischen Zeitalter möglich gewordenes neues Staatsprinzip. Das Wissen darum ist noch nicht in das allgemeine Bewußtsein gedrungen.“*

*Karl Jaspers im Oktober 1962 vor schweizerischen Bankiers.*

---

Deutschland allein war im Jahre 1960 über dreimal so hoch wie die des gesamten sowjetisch-chinesischen Blocks. Die Hilfe, die von den in der OECD zusammengeschlossenen Nationen und Japan den Entwicklungsländern im Jahre 1960 erwiesen wurde, verhält sich zu der des sowjetisch-chinesischen Blocks wie 45 zu 1. Bezeichnend ist ferner, daß der Ostblock bisher nur etwa ein Viertel seiner Hilfszusagen eingehalten hat. Diese Angaben sprechen für sich selbst und werden sicher zu einer realistischen Beurteilung der anfangs oft überschätzten sowjetischen Wirtschaftskapazität und Hilfsbereitschaft beitragen — vor allem auch in den Entwicklungsländern selbst.

In unseren Bemühungen, den entwicklungsfähigen Ländern zu helfen, werden wir nicht nachlassen. Allerdings überschätzen diese Länder oft unsere Kraft. Sie wissen, daß wir unsere Hilfe niemals mit politischen Auflagen verbunden haben. Aber selbstverständlich achten wir darauf, daß unsere Mittel sinnvoll eingesetzt werden und natürlich werden wir — angesichts der nun einmal bestehenden Grenzen unserer Möglichkeiten — unseren Freunden zuerst helfen.

### Unsere südamerikanischen Pflichten

In den Diskussionen über Entwicklungshilfe stehen die afrikanischen und asiatischen Völker meist im Mittelpunkt. Ich möchte deshalb heute etwas ausführlicher auf die Lateiname-



der alle Machtmittel zur Verfügung standen und die in ähnlicher Weise für Frieden, Freiheit und Ordnung in der Welt, oft in weit entfernten Ländern, eintrat und dafür gewaltige Opfer brachte!

Schon die Rede des Staatssekretärs Byrnes im September 1946 in Stuttgart brachte uns gegenüber die Wende. Hier wurde uns, dem ehemaligen Kriegsgegner, das Seil zugeworfen, mit dem wir uns aus der Nachkriegsnot gerettet haben. Die europäischen Nationen waren damals die verarmten Vetter der USA. Schon Winston Churchill hatte in seiner Züricher Rede vom Jahre 1946 die Einigung Europas angeregt; entscheidend gefördert wurde dieser Gedanke durch das ständige amerikanische Drängen. Heute einigt sich das freie Europa; es hat sich mit amerikanischer Hilfe auf eigene Füße gestellt.

Es wäre kurzsichtig, wollte es nun in falschem Ehrgeiz das Band zu den USA lösen. Es gilt im Gegenteil, um den engeren Ring, der Europa zusammenhält, einen weiteren zu legen, der uns fest mit den Vereinigten Staaten verbindet. Denn ein geeintes Europa wird zwar stark und groß sein; aber doch nicht stark genug, um sich allein zu verteidigen, und nicht groß genug, um die gewaltigen Friedensaufgaben zu erfüllen, die uns in der Welt erwarten, darunter die Hilfe für die Entwicklungsländer, ihre Eingliederung in die Weltwirtschaft oder die vielfältigen Probleme, die sich aus dem schnellen Anwachsen der Weltbevölkerung ergeben. Aufgaben dieser Größenordnung kann die freie Welt nur gemeinsam bewältigen. Wir werden daher den Vereinigten Staaten, die bisher die Hauptlast trugen, allmählich einen Teil ihrer Bürde abnehmen müssen. Unser Ehrgeiz sollte dahin gehen, ein unentbehrlicher Partner der USA, nicht aber ihr Rivale zu werden.

In dem Augenblick, wo Europa mündig geworden ist und einen Teil der Verantwortung mitträgt, ändert sich auch die Art der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten. Unsere Gesichtspunkte kommen stärker zur Geltung. Unser Gewicht als starker Partner wirkt sich immer mehr in den Beratungen über die gemeinsame politische Linie aus. Das ist eine natürliche und wünschenswerte Entwicklung, die durch die verständnisvolle Haltung der amerikanischen Regierung erleichtert wird.

Besonders nachdrücklich möchte ich in diesem Zusammenhang erklären: Die gemeinsame amerikanisch-deutsche Grundlinie in der Berlin- und Deutschlandpolitik ist ungefährdet. Die Vereinigten Staaten und unsere anderen Alliierten haben ihr Schicksal mit dem Berlins verbunden. Wir vertrauen den Vereinigten Staaten, und sie können uns vertrauen. Das gleiche Vertrauensverhältnis besteht zwischen uns und den übrigen Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses. Die NATO garantiert unsere Sicherheit. Sie hat sich in der Berlin- und Deutschland-Frage hinter uns gestellt und hat wiederholt ihren Willen bekräftigt, für die Freiheit West-Berlins einzustehen. Wir halten es daher für notwendig, die Atlantische Allianz politisch und militärisch zu stärken und auszubauen.

### Die Entwicklungsländer

Unter den Aufgaben, die Europa nur in enger Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten bewältigen kann, habe ich vorhin die Hilfe für die Entwicklungsländer genannt. Ich möchte auf dieses Thema hier etwas näher eingehen, um ein Beispiel für die Größenordnung der Probleme zu geben, die uns in der Welt entgegentreten. Untersuchungen haben ergeben, daß heute nur ein Drittel der Weltbevölkerung genug zu essen hat. Zu diesem Drittel gehören wir. Die anderen zwei

Drittel sind unterernährt oder hungern. Wir halten es für unsere selbstverständliche Pflicht, diese Menschen zu unterstützen, nicht durch Almosen, sondern indem wir ihnen helfen, sich selber zu helfen. Damit erfüllen wir nicht nur eine humanitäre, sondern auch eine politische Aufgabe; denn indem wir dem hungernden und armen Teil der Weltbevölkerung Brot und Arbeitsplätze verschaffen, tragen wir zur Entwicklung einer gesunden und gerechten Weltwirtschaftsordnung bei und ermöglichen es den Entwicklungsländern, an einem wirklichen friedlichen Wettbewerb für einen höheren Lebensstandard teilzunehmen.

Die Bundesrepublik Deutschland, die ihren jetzigen Wohlstand zu einem nicht geringen Teil der Entwicklungshilfe verdankt, die ihr durch den Marshall-Plan zuteil geworden ist, steht heute an führender Stelle unter den Staaten, die selbst Entwicklungshilfe leisten. Die Hilfe der Bundesrepublik

---

*„Der Gegensatz zwischen Ost und West ist nicht ein Gegensatz der Völker. Er ist auch nicht der Gegensatz von Kapitalismus und Kommunismus, denn als bloße Wirtschaftsformen könnten sie sich annähern. Der Gegensatz hat seine furchtbare Bedeutung allein darin, daß politische Freiheit und totale Herrschaft nicht zu versöhnen sind. Nationalsozialismus und Bolschewismus, obgleich ganz verschieden durch Völker und Ideologien und Wirtschaftsformen, sind im Prinzip der Herrschaft und ihrer Methoden identisch. Totale Herrschaft ist ein im technischen Zeitalter möglich gewordenes neues Staatsprinzip. Das Wissen darum ist noch nicht in das allgemeine Bewußtsein gedrungen.“*

*Karl Jaspers im Oktober 1962 vor schweizerischen Bankiers.*

---

Deutschland allein war im Jahre 1960 über dreimal so hoch wie die des gesamten sowjetisch-chinesischen Blocks. Die Hilfe, die von den in der OECD zusammengeschlossenen Nationen und Japan den Entwicklungsländern im Jahre 1960 erwiesen wurde, verhält sich zu der des sowjetisch-chinesischen Blocks wie 45 zu 1. Bezeichnend ist ferner, daß der Ostblock bisher nur etwa ein Viertel seiner Hilfszusagen eingehalten hat. Diese Angaben sprechen für sich selbst und werden sicher zu einer realistischen Beurteilung der anfangs oft überschätzten sowjetischen Wirtschaftskapazität und Hilfsbereitschaft beitragen — vor allem auch in den Entwicklungsländern selbst.

In unseren Bemühungen, den entwicklungsfähigen Ländern zu helfen, werden wir nicht nachlassen. Allerdings überschätzen diese Länder oft unsere Kraft. Sie wissen, daß wir unsere Hilfe niemals mit politischen Auflagen verbunden haben. Aber selbstverständlich achten wir darauf, daß unsere Mittel sinnvoll eingesetzt werden und natürlich werden wir — angesichts der nun einmal bestehenden Grenzen unserer Möglichkeiten — unseren Freunden zuerst helfen.

### Unsere südamerikanischen Pflichten

In den Diskussionen über Entwicklungshilfe stehen die afrikanischen und asiatischen Völker meist im Mittelpunkt. Ich möchte deshalb heute etwas ausführlicher auf die Lateiname-



rikanischen Staaten eingehen, die — wie mir scheint — manchmal wohl etwas zu kurz kommen. Wir werden diesen Ländern jedenfalls größere Aufmerksamkeit widmen als bisher, zumal uns mit ihnen schon seit längerer Zeit eine enge Freundschaft verbindet, die im Laufe der Geschichte nur wenig geschwankt hat, da sie sich nicht allein auf wirtschaftliche oder politische Beziehungen gründete.

Dieses Freundschaftsverhältnis geht tief zurück in das vorige Jahrhundert; es ist bewegend zu sehen, wie in einigen lateinamerikanischen Staaten das Andenken Alexander von Humboldts noch heute lebendig weiterwirkt. Die Leistungen unserer Landsleute, die über viele Generationen als Einwanderer, Missionare, Lehrer, Ausbilder und Forscher in diesen Erdteilen kamen, sind ein hervorragendes Beispiel für uneigennütziges Entwicklungshilfe aus einer Zeit, als es diesen Ausdruck noch gar nicht gab, und um so mehr anzuerkennen, als diese Pioniere nicht auf die Unterstützung ihrer heimatlichen Regierung rechnen konnten. Sie haben wesentlich an der Erschließung des südamerikanischen Kontinents und der Entwicklung des Verkehrs mitgewirkt, Schulen und Universitäten gebaut sowie Siedlungen gegründet, die noch heute blühen. Deutsche Einwanderer haben in der Wirtschaftsentwicklung eine große Rolle gespielt und sind loyale, hochgeschätzte Bürger ihrer neuen Heimat geworden.

Diese Tatsachen und der in der Bevölkerung stets lebendige Sinn für Freiheit und politische Unabhängigkeit erklären das Verständnis Lateinamerikas für unsere Situation und für unsere Forderung nach nationaler Einheit. Daher konnten und können wir in internationalen Gremien immer darauf rechnen, daß diese Staaten unseren Standpunkt in der deutschen Frage unterstützen.

Sie sollen deshalb wissen, daß auch wir ihre Probleme verstehen und ihnen helfen werden, die Not zu beheben, in der sich breite Bevölkerungsschichten befinden. Diese Not steigt. In Lateinamerika leben heute 200 Millionen Menschen. In fünfzehn Jahren werden es 300 Millionen und am Ende dieses Jahrhunderts 600 Millionen sein. Bei dem gegenwärtigen wirtschaftlichen Expansionstempo können in den nächsten fünfzehn Jahren aber nur vier Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Hier muß geholfen, und hier muß *schnell* geholfen werden. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft dazu beiträgt, Absatzschwierigkeiten der lateinamerikanischen Länder zu beheben. Wir werden die Investitionstätigkeit und die Gewährung von Exportkrediten unserer Wirtschaft weiter fördern sowie Kapitalhilfe gewähren. Mit Geld allein ist es aber nicht getan. Technische Hilfe und technische Ausbildung, mit der wir in anderen Erdteilen Erfolge erzielt haben, werden auch in Lateinamerika oft wirkungsvoller sein als Kapitalhilfe.

Vor allem aber rechnen wir auf eine verständnisvolle Haltung der Regierungen. Charakteristisch für die soziale Lage in vielen lateinamerikanischen Staaten ist, daß die breite Masse, vor allem die Landbevölkerung, in bitterer Armut lebt, daß eine den Staat tragende Mittelschicht fehlt und daß verschiedene technische und soziale Entwicklungsstufen nebeneinander bestehen. Hilfe ist hier nur sinnvoll, wenn die Regierungen einschneidende, soziale, wirtschaftliche und landwirtschaftliche Reformen durchführen. Die gemeinsamen Beschlüsse der amerikanischen Staaten auf der Konferenz von Punta del Este setzen solche Reformen voraus. Wir werden deshalb mit Vor-

rang jenen Regierungen Hilfe zukommen lassen, die gesetzliche Maßnahmen für eine gerechte wirtschaftliche und soziale Neuordnung treffen. Wenn wir auch Verständnis dafür haben, daß sich solche Reformen nicht von einem Tag auf den anderen verwirklichen lassen, so hoffen wir doch, Fortschritte auf diesem Gebiet zu sehen. Denn wir wollen mit unseren Hilfeleistungen nicht Reiche reicher machen, sondern den Armen die Möglichkeit geben, für einen gerechten Lohn zu arbeiten und damit ihren Lebensstandard zu heben.

## Berlin und die deutsche Frage

Ich habe nun von den Grundzielen unserer Außenpolitik, unserem Verhältnis zu Europa und den Vereinigten Staaten gesprochen. Jetzt aber möchte ich über das sprechen, was uns Deutsche am stärksten berührt, nämlich die Spaltung unseres Volkes und die Lage Berlins.

Eine deutsche Frage und ein Berlin-Problem gäbe es überhaupt nicht, wenn die sowjetische Regierung unseren Landsleuten in der Zone und Ost-Berlin das Recht gewährte, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden; ein Recht, das sie wiederholt und feierlich als internationales Ordnungsprinzip anerkannt hat, zum Beispiel als sie sich der Atlantic Charta anschloß und als sie die Satzung der Vereinten Nationen unterzeichnete. Für die Sowjetzone und Berlin aber soll nach dem Willen der sowjetischen Regierung dieses Grundrecht der Völker nicht gelten.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion behauptet zwar, mit den Methoden Stalins gebrochen zu haben. Sicher hat sich auch auf einigen Gebieten ein Wandel vollzogen. Die politische Praxis der Sowjetregierung aber beweist, daß sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker heute noch genau so auslegt wie Stalin, der schon im Jahre 1918 sagte: „Das Prinzip der Selbstbestimmung muß ein Mittel im Kampfe für den Sozialismus sein und den Prinzipien des Sozialismus untergeordnet werden.“ (Stalin, Werke, Band IV, S. 27, Ost-Berlin, 1953.)

Es geht der Sowjetunion in Wahrheit nicht darum, das Deutschland- und Berlin-Problem gerecht und gemäß den Interessen aller Beteiligten zu lösen, sondern darum, die kommunistische Herrschaft in der sowjetischen Zone und Ost-Berlin aufrechtzuerhalten und — wenn möglich — auch auf das freie West-Berlin und noch weiter auszudehnen. Hier ist der Grund für die Krise.

Es wäre deshalb grundfalsch anzunehmen, der Westen könne zu einem erträglichen Zusammenleben mit der Sowjetunion kommen, wenn er in Berlin nachgäbe. Die Berlin-Krise ist nicht aus einem objektiven Anlaß, etwa aus der geographischen Lage der Stadt, entstanden, sondern die Krise wurde bewußt herbeigeführt, um auf den Westen Druck auszuüben und ihn zu einem Rückzug zu zwingen. Berlin ist nur ein Beispiel für die kommunistische Taktik, Unruheherde in der Welt zu schaffen, um die Kraft und den Widerstandswillen des Westens zu erproben: vorgestern in Korea, gestern in Laos, heute in Berlin, morgen in Kuba, übermorgen vielleicht in Lateinamerika oder Afrika.

Dem gleichen Zweck dient die Ankündigung, die Sowjetregierung werde mit dem Regime der Zone einen Separat-Vertrag abschließen. Nach den Moskauer Drohungen zu schließen, kann sich daraus eine ernste Lage ergeben. Wir nehmen diese drohenden Worte nicht leicht und stellen uns darauf ein. Wir



waren schon immer der Meinung, daß dieser sogenannte „Friedensvertrag“ nicht den Frieden *bringen*, sondern ihn ernstlich *gefährden* wird.

Ich weiß nicht, ob man sich in Moskau ganz klar darüber ist, wie sehr das Regime der Sowjetzone — und damit meine ich nicht nur die Person Ulbrichts — unser Verhältnis zu den kommunistischen Staaten Osteuropas belastet. Dieses Regime, dessen Unfähigkeit ebenso offenkundig ist wie seine Arroganz und Brutalität, hat stets dazu beigetragen, die Spannung zu verschärfen. Wenn es aber durch einen Separatvertrag freiere Hand für seine bedenkenlose Terror- und Gewaltpolitik bekäme, würde es eine Gefahr für den Frieden sein. Ich hoffe, daß die Sowjetregierung und die Regierungen der anderen osteuropäischen Staaten sich des großen Risikos bewußt sind, das sie eingehen, wenn sie ihm Einfluß auf die politische Lage in diesem kritischsten Gebiet Europas einräumen.

### Freiheit für die Zone!

Der entgegengesetzte Weg wäre richtig: nicht dem *Regime*, sondern der *Bevölkerung* in der Sowjetzone sollte mehr Freiheit gewährt werden. Ich habe bereits in meiner Rede auf dem letzten Bundesparteitag der CDU in Dortmund darauf hingewiesen, daß die Aussichten auf eine Entspannung im deutsch-sowjetischen Verhältnis um so größer sind, je mehr Freiheit unseren Landsleuten in der Zone und Ost-Berlin zugestanden wird. Ist es denn zu viel, von der Sowjetunion zu verlangen, sie möge gegen den stalinistischen Terror in der Zone einschreiten und den Deutschen, die dort leben, ein menschenwürdiges Leben in Freiheit ermöglichen?

Eine plumpe Propaganda sucht den Völkern unter kommunistischer Herrschaft einzureden, wir wollten die Sowjetzone — wie es heißt — „verschlucken“ und wir hegten Revanchepäne gegen die osteuropäischen Länder. In Wirklichkeit aber fordern wir für unsere Landsleute in der Sowjetzone nichts weiter als Freiheit und letztlich das Recht, daß sie über ihr Schicksal selbst entscheiden können.

Gegenüber den osteuropäischen Staaten verfolgen wir weder heute noch morgen eine Revanchepolitik. Wir hassen diese Völker nicht, sondern wir haben nur *ein* Ziel: mit ihnen in Frieden und guter Nachbarschaft zu leben. Dies ist durchaus möglich. Unsere Politik ist nicht rückwärts, sondern vorwärts gewandt. Durch unsere Mitarbeit an der Neuordnung Europas haben wir bereits gezeigt, daß wir über das Vorkriegseuropa hinaussehen. Wir prüfen die Errichtung von Handelsvertre-

tungen in Osteuropa; diese Prüfung hat zunächst nur begrenzte Zielsetzungen. Wir denken an erste Schritte auf dem Wege zu einem besseren Verhältnis zwischen uns und den osteuropäischen Staaten.

Diese Politik bewegt sich auf der gleichen Linie wie die Vorschläge, die uns die sowjetische Regierung in ihrem Memorandum vom 27. Dezember vorigen Jahres machte, als sie sich bereit erklärte, die deutsch-sowjetischen Beziehungen schrittweise zu verbessern. Die Bundesregierung hat in ihrem Memorandum vom 21. Februar diesem Gedanken zugestimmt, ihre außenpolitischen Ziele eingehend dargestellt und die Hoffnung ausgesprochen, daß der Gedankenaustausch mit der Sowjetregierung fortgesetzt und zu Erfolgen führen möge. Die sowjetische Regierung hat unsere Anregung bisher nicht aufgenommen. Sie hat uns bis heute noch nicht geantwortet. Sie hat weder den Text der Memoranden veröffentlicht, noch ihrer Bevölkerung überhaupt mitgeteilt, daß ein solcher Meinungsaustausch stattgefunden hat. Ich gebe trotzdem die Hoffnung nicht auf, daß Wege gefunden werden, die Beziehungen zwischen uns und der Sowjetunion zu verbessern und die Spannungen in Europa zu vermindern.

Eine Politik allerdings, die willkürlich und systematisch Krisenherde in der Welt schafft, eine Politik der Drohungen und des Drucks, ist hierfür nicht das geeignete Mittel. Sie verhärtet die Fronten und führt nur allzu leicht in eine Situation, aus der uns überhaupt kein politisches Mittel mehr herausführen kann. Wir müssen uns in ernster Sorge fragen, ob die Führer der Sowjetunion sich der großen Gefahr bewußt sind, die durch eine solche Politik entstehen kann.

Ich habe nun die Ziele genannt, an denen sich unsere Außenpolitik orientiert, und an Beispielen gezeigt, welche konkreten Folgerungen sich für das außenpolitische Handeln daraus ergeben. Ob wir die Ziele erreichen, können wir noch nicht übersehen. Die Kräfte, die unseren Absichten entgegenwirken, sind stark, ihre Methoden bedenkenlos. Darüber machen wir uns keine Illusionen. Dennoch hoffen wir, auf dem Wege, den wir für richtig halten, weiterzukommen.

Der Weg ist lang, mühselig und nicht ohne Gefahr. Wir gehen ihn, weil wir Frieden, Freiheit und eine gerechte Ordnung wollen. Über unser Schicksal wird entscheiden, ob wir unser materielles Wohl, das Wohl des einzelnen oder einzelner Gruppen voranstellen, oder ob wir die Aufgabe, der wir uns gegenübersehen, verstehen und sie mit ihren Lasten und Risiken zuversichtlich auf uns nehmen.

Das Ziel unserer Außenpolitik, das uns von der Weltlage geradezu aufgedrängt wird, ist das Ziel der Freiheit. Aber freilich muß man dazu an die Freiheit auch wirklich glauben, nicht nur an das Recht auf Freiheit, sondern an die naturrechtliche Pflicht zur Freiheit, und zwar der Freiheit für alle Menschen und zu allererst für unsere eigenen Landsleute in der Zone.

Alexander Rüstow 1960 vor hessischen Unternehmern



Wiesbaden zeigte sich von seiner besten Seite, als sich die rund 600 Teilnehmer zur 10. Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises vom 4.–6. Oktober 1962 trafen. Für das herrliche Herbstwetter, das offenbar den verregneten Sommer gutmachen wollte, konnte man die Stadt- und Kurverwaltung nicht preisen, dafür aber für die ausgezeichneten Tagungseinrichtungen, die die Rhein-Main-Halle bietet. Zwar hat die moderne Stahl-Glas-Bauweise dazu geführt, daß man bei schönem Wetter die Vorhänge schließen und bei künstlichem

## 10. Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises

Licht arbeiten muß, um sich vor zu starker Sonneneinstrahlung zu schützen, doch wurden diese Nachteile durch die großzügige Bauweise und vor allem die Klima-Anlage wettgemacht, die es Rauchern und Nichtraucher in gleicher Weise erlaubte, jeder nach seiner Façon die Strapazen der Tagung zu durchstehen, ohne das Wohlbefinden des anderen zu beeinträchtigen. Klagen hinsichtlich Wiesbadens Eignung als Tagungsort erhoben sich nur, wenn die Delegierten zum Essen eilten und feststellten, daß sie entweder keinen Platz oder keinen Kellner fanden.

Die Tagung begann mit der Pressekonferenz und der Sitzung des Arbeitskreises. Auf letzterer ging es im wesentlichen um die neue Ordnung des Arbeitskreises, die inzwischen angenommen und in Kraft gesetzt ist, auf einer Sitzung im Dezember jedoch auf Wunsch des Arbeitskreises von Westfalen noch einmal durchgesprochen werden soll. Die nach der neuen Ordnung vorgeschriebene Zuwahl von 12 Mitgliedern wurde vorgenommen. Die „Evangelische Verantwortung“ wird im nächsten Heft die Ordnung zusammen mit den Namen der Mitglieder des Bundesarbeitskreises veröffentlichen.

Der erste Höhepunkt der Tagung war das Theologengespräch am Donnerstagabend. Damit wurde die Tradition von Hamburg fortgesetzt und 250 Theologen aus Hessen und aus Rheinland-Pfalz hatten sich zu dem Referat von Professor Hahn aus Heidelberg eingefunden, das der Leser in diesem Heft wiederfindet. Der kleine Imbiß, zu dem eingeladen worden war, stellte sich als ein überreiches Abendessen heraus. Wer jedoch gefürchtet hatte, daß die Debattierlust dadurch gemindert würde, sah sich angenehm enttäuscht. Die Aussprache unter der Leitung von Kultusminister Osterloh war rege und berührte alle Aspekte des schwierigen, aber um so wichtigeren Themas. Da man sich in Hessen traf, war es nicht erstaunlich, daß die Ansichten der Bruderschaften ausführlich vorgetragen wurden. Daß Fragen, die in nahezu zehn Jahren nicht geklärt worden sind, im Rahmen dieses Gespräches nicht beantwortet werden konnten, war weiter nicht erstaunlich. Aber es wurde sehr deutlich, daß sich diese Diskussion auf das Problem der Macht zugespitzt hat.

Die Freitag-Vormittagsitzung brachte nach kurzen Grußworten die Referate von Professor Thielicke und Staatssekretär Professor Müller-Armack. Beide Referate werden unsere Leser in der nächsten Nummer finden; das von Professor Thielicke allerdings leider nur in der für die Presse herausgegebenen Kurzfassung. Besonders das Referat von Professor Müller-Armack stellte hohe Anforderungen an die Hörer. — Die Nachmittagssitzung begann sofort nach dem Mittagessen mit den Ausführungen von Bundesaußenminister Dr. Schröder. Anschließend begaben sich die Teilnehmer in die drei Arbeitskreise zur Diskussion.

Arbeitskreis I diskutierte unter Leitung von Minister Osterloh äußerst freimütig die Ausführungen von Professor Thielicke, der an dem Nachmittagsgespräch auch selbst teilnahm. War es Dr. Schröder auf der Pressekonferenz noch gelungen, die Fragen nach der Strafrechtsreform abzubiegen, so hatte sie Professor Thielicke mit seinem Referat wieder in den Vordergrund des Interesses geschoben, obgleich sie bei ihm nur eine untergeordnete Rolle spielten. In der Diskussion ging man ausführlich auf die §§ 175 und 218 ein, wobei die Mehrheit dazu neigte, die Vorschläge des Regierungsentwurfes zu unterstützen. Ebenso kritisch stand man den Ausführungen Professor Thielickes über die Rolle des Funktionärs gegenüber. Es wurde besonders angemerkt, daß er die gesellschaftlichen Bedingungen unserer Zeit, die die Rolle des Funktionärs absolut notwendig machen, nicht genügend beachtete. Der Funktionär tritt uns nicht nur als ein Etwas gegenüber, sondern ist in der heutigen Gesellschaft immer auch ein Teil von uns selbst. Zu diesem Teil, oder zu dem anderen, das rechte Verhältnis zu finden, wurde als besondere Aufgabe herausgestellt. Die weiteren Diskussionen erstreckten sich auf viele Fragen, die nur zum Teil durch das Referat aufgeworfen worden waren. Einigen Raum nahm auch die von Professor Thielicke angeschnittene Frage der Personalpolitik ein. Dabei wurde besonders herausgestellt, daß es sich hier in keiner Weise vordringlich um ein Problem zwischen den Konfessionen handelt, sondern daß es auch innerhalb der Evangelischen Kirche erhebliche Aufmerksamkeit verdient.

Der II. Arbeitskreis hatte zunächst Schwierigkeiten, die von manchen Teilnehmern als sehr abstrakt empfundenen Ausführungen von Professor Müller-Armack auf die Erde herunterzuholen. Das gelang eigentlich erst am Samstagvormittag, nachdem der Vorsitzende des Arbeitskreises, Minister a. D. Dr. Wilhelmi, den diskutierenden Professoren Müller-Armack und Böhm auferlegt hatte, ihre Differenzen am Abend abzuklären und in faßlicher Form vorzutragen. Am Samstag erstreckte sich dann die Diskussion auf alle Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Man versuchte, sich deutlich zu machen, welche Auswirkungen der Beginn der zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft für die einzelnen Probleme der Sozialgestaltung hat.

Die III. Arbeitsgruppe traf sich unter Leitung von Staatssekretär Dr. Strauß am Freitagnachmittag zur Diskussion der Ausführungen des Referats von Bundesaußenminister Dr. Schröder. Staatssekretär Strauß gab zunächst einen Überblick über die Entwicklung der außenpolitischen Probleme seit 1945, um die Ausführungen von Dr. Schröder in den historischen Zusammenhang zu stellen. Anschließend wurden praktisch zu allen Aspekten unserer heutigen außenpolitischen Situation Fragen gestellt, die zweimal zusammenfassend von Dr. Schröder beantwortet wurden. Die Arbeit



dieses Diskussionskreises wurde besonders gefördert durch die Gegenwart des Präsidenten der EWG-Kommission, Professor Hallstein, dessen Ausführungen über den gegenwärtigen Stand der europäischen Bestrebungen besonderes Interesse fanden. Der Diskussionskreis beschloß seine Arbeit am Freitagnachmittag.

Die Ergebnisse der Diskussionen wurden am späten Samstagvormittag in der abschließenden Plenarsitzung vorgetragen. Dadurch erhielten alle Teilnehmer einen Eindruck von der Fülle der Fragen, die angesprochen und zum großen Teil auch beantwortet wurden. Wenn man sich auch nicht in allem einig war, so wurde doch deutlich, daß der Arbeitskreis eine Vereinigung politisch interessierter Menschen ist, die eine starke gemeinsame Basis haben. Es ist nicht erstaunlich, daß die Presse diese 10. Jahrestagung sehr stark beachtet hat. Wenn man die Fülle der Berichte und Leitartikel überblickt, so fällt auf, daß nach dieser Tagung weder von dem Unbehagen der Protestanten in der CDU, noch von Müdigkeit und Resignation die Rede ist. Die freie Diskussion auf der Basis gemeinsamer Überzeugung hat vielmehr dem unbeteiligten Beobachter den Eindruck vermittelt, daß es sich beim Evangelischen Arbeitskreis um eine Vereinigung handelt, deren politisches Gewicht unbestreitbar ist.

## Evangelischer Akademikertag in Marburg

„Das unveränderte Evangelium in einer veränderlichen Welt“ hieß das Leitthema des vierten Evangelischen Akademikertags, der vom 4.–7. Oktober in Marburg stattfand. Auf dem Akademikertag treffen sich die ehemaligen Mitglieder der Studentengemeinde. Ebenso wie auf den vorangehenden Akademikertagen in Düsseldorf 1958 („Zukunft im Atomzeitalter“) und in Kassel 1955 („Die neue Welt Gottes im Zeitalter der Restauration“), zeigte schon die Themenwahl an, worum es der evangelischen Akademikerschaft geht: nicht um die Pflege eines berufsständischen Bewußtseins, nicht um die Erörterung bloß akademischer Fragen, sondern um die geistige Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Welt, um die schlichte Frage, wie man als Christ in einer veränderten und stets sich verändernden Welt verantwortlich leben kann. „Die Christen werden sich darauf einstellen müssen, daß die Veränderung bleibt und daß es dauerhafte Verhältnisse — soweit wir sehen können — nie wieder geben wird. Sie werden klarzumachen haben, wie man im beständigen Wandel aller Normen und Ordnungen glauben, leben und Gott gehorchen kann.“ Dieser Satz aus dem Einladungsschreiben mag viele der etwa 500 Teilnehmer nach Marburg gelockt haben, das in seiner wohlthuenden herbstlichen Verträumtheit die Erinnerung daran wachzuhalten schien, daß einiges doch noch beim alten geblieben ist.

Aber für Romantik blieb nur Zeit während der Gesprächspausen. In den Vorträgen und Diskussionen suchte man eine durchaus unromantische Welt im Blickfeld zu halten. Professor Pannenbergs einleitender Vortrag über „Die Offen-

barung Gottes und die Geschichte der Neuzeit“ sollte der grundsätzlichen Besinnung dienen, ob und wie das geschichtliche Geschehen als Handeln Gottes erfaßt werden kann — ein Thema, dessen Problematik schon Stoff genug für die ganze Tagung geboten hätte. Pannenbergs Grundthesen, daß Geschichte als das Handeln Gottes in seiner Schöpfung zu verstehen sei, daß der innere Zusammenhang von Christusoffenbarung und Geschichte es erlaube, ohne Bruch in der Geschichte zu leben, daß man nicht die natürliche Wirklichkeitserfahrung überspringen müsse, um zum Glauben zu kommen, warfen wohl selbst mehr Fragen auf, als daß sie Wege zur Gewinnung eines vom Evangelium her geforderten Standortes in unserer Zeit zeigten. Geschichtstheologie ist nur dann sinnvoll, wenn sie sich an der geschichtlichen Wirklichkeit bewährt. Sie drängt, wenn sie nicht in leeren Allgemeinbegriffen steckenbleiben will, auch zu einer Deutung des politischen Geschehens.

Die Diskussionen in den verschiedenen Hauskreisen ließen denn auch erkennen, daß die wirklichen zur Entscheidung stehenden Probleme hier erst zu Tage treten. Läßt sich politisches Geschehen ohne weiteres als Offenbarungsgeschehen ansprechen? Läßt sich die politische Wirklichkeit überhaupt durch ein geschichtstheologisches Konzept bewältigen? Wie hat sich der politisch Handelnde zu verstehen? Welche Wege werden vom Evangelium her gewiesen? Der Referent versuchte einige wesentliche Aspekte der Geschichte der Neuzeit herauszuheben. An ihnen sollten solche Fragen exemplifiziert werden. Aber es ist kennzeichnend, daß dies nicht oder nur unbefriedigend geschah — und wohl auch nicht anders geschehen konnte. Das politische Geschehen und Gestalten bleibt immer im Zwielficht, und der Versuch, es mit offenbarungsgeschichtlichen Kategorien aufzuhellen, gerät allzuleicht in die Nähe einer amateurhaften Geschichtsbeurteilung.

Der zweite Vortragende, Professor Heintel/Wien, sprach über „Fragen des christlichen Glaubens an das wissenschaftliche Denken“. Wer erwartet hatte, daß ihm hier fein säuberlich die Fragen serviert würden, die der Glaubende an das wissenschaftliche Denken zu stellen hat, oder auch umgekehrt, der sah sich enttäuscht. In der Rückführung der Dialektik von Glaube und Wissen auf die ihnen zugrunde liegende Wirklichkeitszugewandtheit traten die sogenannten brennenden Fragen und dringenden Anfragen zurück. Innerhalb der Bestimmung des Glaubens als „Totalexperiment des Daseins des Menschen“ blieb das Suchen der Wahrheit im Detail dem einzelnen überlassen.

Experimentieren heißt durch Denken und Handeln in Erfahrung bringen. Sollte das Eingehen auf die Geschichts- und Wissenschaftsproblematik der Auseinandersetzung des christlichen Glaubens mit der modernen Weiterführung dienen, so galt das dritte Referat der Bewährung des Glaubens im Handeln. Professor Kraus/Hamburg sprach in seinem wohl von allen Teilnehmern als Höhepunkt empfundenen Vortrag über die „Erfüllbarkeit der Gebote Gottes“. In kritischer Wendung gegen die einseitige Sinngebung, daß Gottes Forderung zur Erkenntnis der Sünde führe und zur Verzweiflung treibe, hob Kraus hervor, daß die alttestamentlichen Gebote auf Erfüllung zielen. Sie stehen nicht von vornherein im Zeichen der Unerfüllbarkeit. Gott selbst verbürgt sich für ihre Erfüllung. Für den Christen gilt, daß sich ihm neue Möglichkeiten des Lebens erschließen in der totalen Hingabe der Liebe, die aus der Liebe Gottes lebt.



Die Bibelarbeiten Pfarrer Bannachs, des Generalsekretärs der Akademikerschaft, über Texte aus dem Galaterbrief waren mehr als die Vorträge dem eigentlichen Thema der Tagung zugewandt, nach dem unveränderten Evangelium in einer veränderlichen Welt zu fragen. In diesen Bibelarbeiten wie in den Gesprächen in den Hauskreisen lagen die fruchtbringendsten Ansatzpunkte. Freiheit des Glaubens vom Gesetz, bemerkte H. Bannach am Ende seiner Bibelarbeiten, heißt heute Freiheit vom Gesetz der Vergangenheit, Freiheit vom Gesetz der Technik, Freiheit vom Gesetz des Fortschritts, Freiheit vom Gesetz einer wie auch immer gearteten Gesellschaft. Echte Freiheit ist Freiheit zum Hören auf Gott. Sie läßt sich von Gott Aufgaben zuweisen. Sie schenkt die Unbefangenheit, frei gemeinsame Dinge zu tun. In solcher Freiheit wird die Verantwortung des Glaubens in der Welt erkannt und wahrgenommen. Der Weg zum Handeln, auch zum politischen Handeln, tut sich auf.

Eine der Aufgaben, die Bannach in seinem Schlußwort über den zukünftigen Weg der Evangelischen Akademikerschaft herausstellte, war damit ausgesprochen: das Bewußtmachen und Verwirklichen evangelischer Verantwortung auch im politischen Handeln. Man vermied es, sich in das Gestrüpp parteipolitischer Diskussionen zu wagen — bisweilen auf Kosten der Wirklichkeitsnähe. Die Akademikerschaft ist alles andere als eine uniforme Gruppe. Der Seufzer eines Diskussionsredners: „Wo es konkret wird, wird es kontrovers“, kennzeichnet treffend die Vielfalt der Standpunkte, die sich hier zum Gespräch vereinigen. Ein Appell zu gemeinsamer politischer Willensbildung in bestimmten Fällen darf daher nicht mit den Zielsetzungen einer Partei verwechselt werden. Es geht um ein Handeln aus evangelischer Verantwortung, das unabhängig von den Parteien, aber auch in den Parteien sich verwirklichen kann. Vorläufig ist solches gemeinsames politisches Handeln der Evangelischen Akademikerschaft noch ein Wunschtraum. Ob es dabei bleibt, wird sich zeigen.

H. Leipold

## Pressestimmen

Die 10. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises in Wiesbaden hat in der Presse ein lebhaftes Echo gefunden. Fast allgemein wird betont, daß die evangelischen Mitglieder der CDU/CSU in Wiesbaden kaum etwas von dem vielberedeten „Unbehagen der Evangelischen an der Union“ bekundet, vielmehr ein neues Selbstbewußtsein und eine lebendige Bereitschaft für eine „Evangelische Verantwortung“ in der deutschen Politik zum Ausdruck gebracht hätten und daß von dieser Tagung neue Impulse für die Arbeit der CDU/CSU zu erwarten seien.

So schreibt die „Kölnische Rundschau“:  
„Ohne Zweifel hat die Wiesbadener Bundestagung eine sehr viel größere Anziehungskraft bewiesen als viele vorangegangenen Tagungen ... Diese neue Anziehungskraft, die von dem Evangelischen Arbeitskreis ausgeht, ist nicht zuletzt

der Tatsache zuzuschreiben, daß der Vorsitzende, der frühere Innen- und jetzige Außenminister Dr. Gerhard Schröder, ein „Mann mit Zukunft“ ist, der gerade in dem letzten Jahr viel an Prestige und Bedeutung innerhalb seiner eigenen Partei gewonnen hat.“

Die „Nürnberger Zeitung“ meint: „Die Jubiläumstagung hatte hier, bei der Klärung des evangelischen Standortes in der CDU/CSU und als Teil der geistig-politischen Auseinandersetzung im evangelischen Lager, ihr Gewicht. Die Daseinsberechtigung des evangelischen Arbeitskreises der Partei wurde damit von neuem bewiesen. Da das evangelische Drittel der CDU, das der Partei die Mehrheit brachte, immer noch in Gefahr ist abzubreitern, ist der Nutzen der evangelischen Sonderbemühungen auch für die Gesamtpartei nicht umstritten.“

Ähnlich äußert sich der katholische „Rheinische Merkur“, in dem Anton Böhm schreibt: „Die 10. Bundestagung des Arbeitskreises hat jetzt wieder von neuem demonstriert, daß die evangelischen Christen in der Union keineswegs die ewig Zukurzgekommenen oder gar eine von Minderwertigkeitsgefühlen geplagte Minorität sind. Dazu gäbe es auch nicht den geringsten Grund, denn die Union hat ihre Prägung von Anfang an ebensowohl durch Protestanten wie durch Katholiken erhalten; das bezeugen Namen wie Herrmann Ehlers, der zu früh Verstorbene, Erhard, Schröder, Gerstenmaier, Franz Böhm, von Hassel, Wilhelmi, Cillien und so fort. Die Referate bei der Wiesbadener Tagung hatten alle Profil, Schwung, Frage- und Aussagefreudigkeit; das haben sogar die manchmal grausam verkürzten Berichte der Tageszeitungen erkennen lassen.“

Von einem gestärkten Selbstbewußtsein der Evangelischen spricht Wolfgang Höpker in „Christ und Welt“: „Ein Schritt weiter, und man kann aus dem Elan, mit dem in Wiesbaden die CDU als Problem der evangelischen Theologie diskutiert wurde, eben dieses gestärkte Selbstbewußtsein herauslesen. Statt sich dem katholischen Partner gegenüber abzusetzen, setzte man sich mit Vorwürfen aus den Reihen der eigenen Konfession auseinander. Den Rahmen dafür gab das Theologengespräch, zu dem — mitten in Niemöllers Hochburg — der Arbeitskreis alle evangelischen Pfarrer der Kirchenprovinz Hessen-Nassau geladen hatte. Gut 250 waren gekommen, darunter mancher militante Geist von scharfem Linkscouleur, der auf das Stichwort „CDU“ hin mit heftigem Ressentiment zu reagieren pflegt. Doch es hätte der Order „Streng geschlossener Kreis“ dabei gar nicht bedurft. Es blieb eine ganz und gar sachliche Diskussion, bar jedes Mißtons — gruppiert um das maßvoll-kluge Referat, in dem der Heidelberger Theologe und neugebackene MdB Wilhelm Hahn, anknüpfend an Lehrmeinungen von Barth, Künneth und Thielicke die Frage erörterte, daß und weshalb ein Mitwirken evangelischer Christen in der Union legitim ist. Hahn vermochte die Einwände glänzend zu parieren.“

Ernst-Otto Maetke befaßt sich in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ mit der „Neuen Ordnung“ des Arbeitskreises und läßt dabei eine gewisse Skepsis erkennen: „Daß die ‚Neue Ordnung‘, mit welcher der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hinfert wie mit einem neuen Besen zu kehren gedenkt, der Parteispitze Respekt abnötigt, bewies der geschäftsführende Vorsitzende der Union, Dufhues, der dem Arbeitskreis außer den Grüßen des Parteivorstandes eine ‚Ermunterung zu kräftiger, aufgeschlossener und moderner Aktivität‘ übermittelte. Dies war weit mehr als



eine Floskel, weil gerade von Dufhues vor der Bundestagung das in Wiesbaden viel beachtete Zitat umging, der Evangelische Arbeitskreis werde „allmählich überflüssig“. Dufhues wendete in der Schlußsitzung diese Äußerung geschickt ins Politisch-Eschatologische: der Arbeitskreis werde überflüssig, wenn wir uns mit der Frage der konfessionellen Parität nicht mehr zu beschäftigen brauchen. Das wird allerdings noch gute Weile haben.“

Mit der „Neuen Ordnung“ befaßt sich auch Friedhelm Baukloh im katholischen „Echo der Zeit“: „Das Problem des Evangelischen Arbeitskreises ist ganz einfach dies: Er muß sich noch deutlicher dafür entscheiden, als ein politischer Arbeitskreis zu wirken und dabei das politische Selbstverständnis der evangelischen Christen in der Unionspartei zu formulieren. Er muß das, denn der evangelische Christ in der CDU — von vielen Seiten, bisweilen auch von Kirchenpräsidenten angefochten wegen seiner politischen Entscheidung — steht, das darf man wohl sagen, in einer ungleich schwierigeren psychologischen Situation als das aktive katholische CDU-Mitglied. Herrmann Josef Dufhues beispielsweise hat diese Problematik wohl nicht immer ganz präsent gehabt, wenn er gelegentlich durchblicken ließ, der Evangelische Arbeitskreis sei überflüssig in der Union. Er ist es nicht, solange ein evangelischer Christ — nennen wir die Dinge doch, wie sie liegen — sich quasi rechtfertigen muß, daß er für die Union eintritt.“

Ein sehr kritisches Resümee zieht der SPD-Bundestagsabgeordnete Pfarrer Rudolf Kaffka in der Mainzer Zeitung „Die Freiheit“: „Nimmt man die Meldungen zusammen und denkt man daran, daß Professor Hahn an einer Stelle den Vorhang lüftete, als er sagte, auch die schärfsten theologischen Kritiker können nicht verlangen, daß die CDU sich jetzt aus theologischen Gründen auflöst, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß bei dieser Arbeitstagung nicht echte Antworten auf berechtigte Fragen gegeben worden sind, sondern wieder einmal erwiesen wurde, daß das Faktische mehr normative Kraft besitzt, als die Ansprüche aus der Überzeugung des Glaubens.“

Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ schließlich vermittelt folgenden Eindruck: Ausgehend von Prof. Thielickes Bemerkung zu den Problemen der Strafrechtsreform sagt er: „Immerhin, diese und andere Worte wurden gesagt, konnten gesagt werden. Und sie gehen sicher nicht deshalb unter, weil die Politiker sie anschließend abschwächten. Denn genau hier — in der Spannung zwischen dem Bekenntnis des einzelnen und den Rücksichten des Alltags — lag ja der Sinn dieses Treffens, liegt die Aufgabe des evangelischen Christen in der Politik. Diese Spannung und ihr Ausmaß wieder einmal deutlich und damit fruchtbar zu machen — das dürfte in Wiesbaden gelungen sein, jedenfalls für die, die noch zu hören wissen. Es ist kein Schade, daß einiges andere darüber zu kurz kam, daß etwa Schröder kaum weiter kam im Aufbau seiner Hausmacht, die ihm seine Paladine gern schaffen möchten, daß außenpolitische Sensationen ausblieben, und daß, statt zum kriegerischen Sammeln der Evangelischen in der CDU/CSU allenfalls zu freundschaftlichem Turnier geblasen wurde. Schröder neben Dufhues auf der Vorstandstribüne der letzten Sitzung, das war in diesem Sinne Programm und Blick in die Zukunft zugleich.“

Ein Schade wäre es aber, wenn Politiker aller Konfessionen und Couleurs aus Veranstaltungen wie dieser nicht wenigstens die eine Lehre zögen, daß sich Mut zur eigenen Mei-

nung bezahlt macht. ‚Vorwärts in Freiheit, vorwärts, vorwärts!‘ Dieses Schlußwort des Vorsitzenden und Bundesaußenministers klingt gewiß recht gut. Doch mit geistvollen, wohlformulierten Bestandsaufnahmen allein wird man ihnen keinen Inhalt, keine Glaubwürdigkeit geben können, vor allem aber kein Ziel.“

## Bücher

**Gerhard Kaiser, Pietismus und Patriotismus im literarischen Deutschland, Ein Beitrag zum Problem der Säkularisation, Franz Steiner Verlag GmbH, Wiesbaden 1961, Ln. DM 32,—.**  
**Hans Kohn, Die Idee des Nationalismus, Ursprung und Geschichte bis zur Französischen Revolution, S. Fischer Verlag, Frankfurt 1962, Paperback DM 10,80.**

„Es scheint, daß historische Erscheinungen erst ganz sichtbar werden, wenn ihre Zeit abgelaufen ist.“ Mit diesen Worten hat der Göttinger Historiker Reinhard Wittram die Lage der wissenschaftlichen Historie vor dem Problem des Nationalstaates in der Gegenwart charakterisiert. Diese unsere Gegenwart ist gekennzeichnet durch das Drängen der Völker nach neuen Formen des Zusammenlebens, sei es in der UNO, NATO oder EWG. Zugleich haben wir die grauenhaften Übersteigerungen und dämonischen Zuspitzungen gesehen, welcher der Nationalstaatsgedanke im Dritten Reich fähig war, so daß mit Fug und Recht von der „Krise des Nationalstaats“ (Rothfels) gesprochen worden ist.

In Deutschland sind es vor allem Gerhard Ritter, Hans Rothfels, Eugen Lemberg und Reinhard Wittram, die im „Bewußtsein eines eigentümlichen und überall gegenwärtigen Betroffenseins“ (Rothfels) mit ihren Studien zum Problem des Nationalen in der deutschen und europäischen Geschichte diese brennende Frage aufgreifen und im Blick auf die Geschichte einen Beitrag zur Klärung der Gegenwart zu geben suchen. In Amerika hat sich bereits 1944 Hans Kohn in seinem Buch „The Idea of Nationalism“ zu der gesamten Problematik geäußert. Die erste deutsche Übersetzung erschien 1950; die vorliegende Ausgabe ist eine vom Autor gestraffte, um die Anmerkungen gekürzte Fassung, die sich bewußt an einen weiteren, nicht an wissenschaftlichen Einzelfragen interessierten Leserkreis wendet. Kohn untersucht die Entwicklung des Nationalismus von seinen Anfängen in „Israel und Hellas“ bis zum „Erwachen der alten Welt“ im 18. Jahrhundert und spannt so einen weiten Bogen von den Anfängen des abendländischen Weges bis zum Vorabend des „nationalen“ 19. Jahrhunderts, wo die Ursprünge des modernen Nationalismus zu suchen sind. So gibt Kohn eine umfassende geschichtliche Analyse, die Kultur- und Geistesgeschichte, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte mit der politischen Geschichte zusammen zu sehen sucht.

Gerhard Kaiser hat sich mit seiner Arbeit über den Zusammenhang zwischen Pietismus und Patriotismus eine begrenztere Aufgabe gestellt. Er fragt nach durchgehenden Entwicklungen und direkten Strukturübertragungen vom Pietismus



zum Patriotismus. Der Schwerpunkt seiner Arbeit liegt auf der Zeit zwischen dem Abklingen des strengen Pietismus und der Romantik eines Schleiermachers.

Den Pietismus sieht Kaiser als eine Oppositionsbewegung gegen die herrschende kirchliche Orthodoxie. Er meint „in wesentlichen Forderungen der neuen Richtung Weiterbildungen ursprünglich lutherischer Motive erkennen“ zu können. Doch sieht er auch deutlich die Unterschiede und weist darauf hin, wie sich das Verhältnis zwischen Gott und Mensch „langsam zunächst, aber unaufhaltsam“ wandelt, wie Gott auf den Menschen bezogen und das gesamte theologische System „durch einseitige Rezeption und Subjektivierung der emotional ergiebigen Elemente“ verschoben wird. In der Auseinandersetzung mit der Aufklärung nähern sich Pietismus und Orthodoxie wieder einander. Allerdings sind die Übergänge zwischen Pietismus und Aufklärung merkwürdig fließend, entwerfen doch beide ein letzten Endes anthropozentrisches Weltbild.

Nationalismus und Patriotismus sind auf dem Boden des Territorialstaates entstanden. Mit Recht weist Kaiser darauf hin, daß der Nationalismus in seiner vollen Ausbildung im 19. Jahrhundert nicht allein von weltlichem Denken her zu begreifen ist, sondern auch ursprünglich religiöse Vorstellungen mit einströmen mußten, um den irrationalen Kräften, die dem Prinzip des Nationalen innewohnen, „geistige Form und Rechtfertigung“ zu geben.

Kaiser vermag eine große Zahl von Analogien herauszuarbeiten, die einen Zusammenhang zwischen Ausläufern des Pietismus und frühen Formen des Patriotismus im literarischen Deutschland sichtbar machen. Vermittler sind „enlightened Pietists“ (Pinson) wie Moser, Klopstock, Lavater, Herder, Novalis, Steffens und Schleiermacher, „die die Weltfeindschaft des älteren Pietismus überwinden und seine Motive auf das ‚Saeculum‘ übertragen“.

Die Geschichte des patriotischen Pietismus beginnt erst mit der Ausbildung eines patriotischen Ideals, das einen gewissen Eigenwert besitzt. Die Erben des Pietismus übertragen die wesentlichen Prinzipien pietistischer Frömmigkeit — Emotionalismus, Subjektivismus, Spiritualismus — auf das neu gewonnene patriotische Ideal: das „innere Vaterland“. Die „Prediger des Patriotismus“ (Novalis) verkünden dieses Wunschbild, das als eine eschatologische Idee verstanden in Gegensatz zum absolutistischen Staat der Zeit steht. Doch sieht der pietistische Patriot den gegenwärtigen Staat bereits im Lichte jenes Ideals und wirkt in diesem Staate, als sei er schon das Idealvaterland. Der naturrechtliche Gedanke des Staats- und Gesellschaftsvertrages wird verdrängt durch eine

organische Staatstheorie und die Idee der patriotischen Erweckung. Letztere ist ein enthusiastisches Ereignis, das als Geschenk von oben die Einheit der Patrioten mit der Entstehung des „Nationalgeistes“ begründet. Dieser Staat ist kein Interessenverband, er ist Glaubens- und Liebesgemeinschaft, die allein es dem Menschen ermöglicht, seine Persönlichkeit voll zu entfalten. Der Dienst des patriotischen Mannes für sein Vaterland findet seine höchste Steigerung im Kriegsdienst. Der Tod eines Patrioten ist für sein Vaterland heilbringend wie der Tod Jesu für die Christenheit.

Religion und Patriotismus gehen eine eigentümliche Verbindung ein. Religion wird geradezu zum eigentlichen Ausdruck der Nation, die sich in wachsendem Maße ihrer Besonderheit bewußt wird, wie sich vor allem in dem neuen Bewußtsein für die Bedeutung der Sprache zeigt. So finden wir bereits bei Klopstock und Fichte ein ausgesprochenes sprachliches Sendungsbewußtsein.

Die Mannigfaltigkeit der nationalen Eigentümlichkeiten wird als positiv gewertet und der Gedanke eines Universalstaates abgelehnt, ja Patriotismus erscheint geradezu als „höchste Stufe der Humanität“. Es macht den besonderen Charakter dieser Humanität aus, daß ihr Beitrag zur Bewältigung der anstehenden politischen Probleme gering ist. Wer die Entwicklung der letzten 150 Jahre überblickt, wird gerade in dieser Feststellung eine ernste Mahnung an die heutige Generation erblicken müssen, nicht in weltferner Frömmigkeit zu verharren, sondern sich in „gläubigem Realismus“ der Welt zuzuwenden.

Es wird in diesem Buch deutlich, daß der Pietismus wesentlich an der Entwicklung des Patriotismus und Nationalismus beteiligt ist, daß jedoch die Gründe dafür nicht allein bei ihm zu suchen sind.

Indem Kaiser auf diese verschlungenen Zusammenhänge zwischen Pietismus und Patriotismus hinweist, leistet er einen bemerkenswerten Beitrag zur Klärung der Ursprünge des Nationalismus in Deutschland. Bei der — bewußt — begrenzten Fragestellung seiner Arbeit war es dem Verfasser nicht möglich, die „einmalige Gestalt“ des Nationalismus in Deutschland mit den Entwicklungen im übrigen Europa zu konfrontieren und die politische und soziale Entwicklung stärker in den Blick zu nehmen. Dabei wären sicher manche Konturen schärfer hervorgetreten.

Doch ändert diese Feststellung nichts an dem Wert dieser Arbeit, die sich durch Sachlichkeit und intime Kenntnis der Quellen wohltuend von jenen pseudowissenschaftlichen „Studien“ unterscheidet, die in wachsendem Maße den Markt überfluten.

Bernhard Unckel